

Das Magazin des Deutschen Studentenwerks

DSW JOURNAL



Der Bildungs-Gipfel

Marcel Fratzscher, Jutta Allmendinger, Ludger Wößmann:
Das Spitzengespräch zur Bundestagswahl

ADA PELLERT Lebenslanges Lernen als Mission: Porträt der Rektorin der Fern-Uni Hagen

REINHARD HÜTTL Qualität geht vor Tempo in der Wissenschaft, findet der acatech-Vize

FRITZ BERGER Mehr Autonomie für die Studentenwerke, fordert der dienstälteste Geschäftsführer

Himmel und Hölle

Das Leben in
der Stadt ist
kein Kinderspiel!

**kinder
not
hilfe**

Helfen Sie mit,
Mädchen und Jungen
zu schützen.
In Städten. Weltweit.

kindernothilfe.de



It's the education, stupid!

Seit Jahrzehnten hört man es in Sonntagsreden: „Bildung ist in einem rohstoffarmen Land die Ressource der Zukunft“ oder „Wir können auf kein Talent verzichten“. Bildungspolitik wird auch in diesem Bundestagswahlkampf wieder ein Top-Thema sein. Trotz all dieser Beteuerungen hat sich die Chancengerechtigkeit in den vergangenen Jahrzehnten kaum verbessert.

Diese Erkenntnis ist nicht von ungefähr Tenor unseres alternativen Bildungsgipfels, der Titelgeschichte dieser Ausgabe zur Bundestagswahl 2017. Zu diesem Gipfel luden wir drei anerkannte Experten ein, deren Wort von der Politik

»Eine verpflichtende zweite Ausbildung, ein verpflichtender Zivildienst für Frauen und Männer – unser Bildungs-Gipfel bringt neue Ideen für die Bildungspolitik«

gehört wird: die Bildungssoziologin Jutta Allmendinger, Präsidentin des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung (WZB), den Ökonomen Marcel Fratzscher, Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW), und den Bildungsforscher Ludger Wößmann, Leiter des ifo Zentrums für Bildungsökonomik in München. Wir wollten von diesen drei wissen, wo Deutschland in der Bildung stark ist, wo Defizite bestehen und was eine nächste Bundesregierung aus ihrer Sicht nach der Bundestagswahl 2017 dringend anpacken muss.



In ihrer Analyse stimmen die drei überein: Die derzeit gute wirtschaftliche Lage täuscht, sie verdeckt zunehmende gesellschaftliche Ungleichheit und Innovationsschwächen. Ihre Handlungsvorschläge sind deutlich und radikal zugleich: Den vielen schönen Worten müssen nun endlich Taten folgen! Bildungspolitik muss die Zugänge zu gesellschaftlicher Teilhabe für alle ermöglichen, unabhängig von der Herkunft, dem Alter und dem Wohnort. Notfalls bedarf es dazu verpflichtender Angebote von Elternberatung über frühkindliche Bildung, Schule, Zivildienst für alle, erste und zweite berufliche Ausbildung bis zum lebenslangen Lernen. Und die Bildungspolitik – vor allem des Bundes – muss aus ihrer Einzelkämpferrolle heraus, mit Arbeitsmarkt-, Familien- und Gesellschaftspolitik verknüpft werden – auch über föderale Ländergrenzen hinweg.

Dieses Aufeinandertreffen der drei Experten Jutta Allmendinger, Marcel Fratzscher und Ludger Wößmann zeigt einer jeden zukünftigen Bundesregierung den drängendsten Handlungsbedarf auf. Ich fühle mich bei der Lektüre unseres Bildungsgipfels an einen ehemaligen amerikanischen Präsidenten erinnert und würde sein berühmtes Zitats abwandeln: „It's the education, stupid!“ Aber lesen Sie selbst!

Viel Vergnügen mit dem DSW-Journal 2/2017 wünscht Ihnen

Achim Meyer auf der Heyde
Generalsekretär des Deutschen Studentenwerks
»achim.meyeraufderheyde@studentenwerke.de

POLITIK

DREI KÖPFE, EIN THEMA: BILDUNG!

**MARCEL FRATZSCHER,
JUTTA ALLMENDINGER
und LUDGER WÖBMANN**
Unser Bildungsgipfel zur
Bundestagswahl / 12-21



Würfeln zum Aufwärmen beim Gipfeltreffen in Berlin

PRAXIS



Mensa-Hirndoping

Theorie und Praxis von „Brain Food“
beim Studierendenwerk Essen-
Duisburg / 26-29

POLITIK

Wo bleibt der Hochschulsozialpakt? / 22-23

POLITIK

BUND-LÄNDER-SONDERPROGRAMME FÜR WISSENSCHAFT, FORSCHUNG UND BILDUNG

Programm	Laufzeit	Gesamtvolumen	Finanzschlüssel Bund / Länder	Ziel
Hochschulpakt	2007 - 2020	78,5 Mrd. €	Bund: 20,2 Mrd. € Länder: 18,3 Mrd. €	zusätzliche Studienplätze
Exzellenzinitiative 2007	2007 - 2017	4,8 Mrd. €	Bund: 75% / Länder: 25%	Förderung der Spitzenforschung an den Universitäten, Hervorstechung angestrebter
Qualitätspakt Lehre	2011 - 2020	2 Mrd. €	Bund: 100%	Weiterentwicklung der Hochschullernen-Modellprojekte
Exzellenzprogramm	2011 - 2020	1 Mrd. €	vor Bundesanteil / Länder	Exzellenzprogramm / Exzellenzinitiative
Innovative Hochschule	2010 - 2020	500 Mrd. €	Bund: 50% / Länder: 50%	Impulse zum besseren Hochschulmanagement, u. a. auch Hilfe für IFRs
Lehrstuhlpakt / Hochschulbau	2007 - 2016	890 Mrd. € jährlich	Bund: 100%	Übergangspakt für die Beschäftigung Hochschulbau / Forschungspakt
Professorenprogramm	2008 - 2017	300 Mrd. €	Bund: 50% / Länder: 50%	Förderung von Frauen in Professuren / Fortführung angestrebter
Offene Hochschule	2010 - 2015	250 Mrd. €	Bund: 100%	Offene Hochschule: Studienangebot für Berufstätige ohne Abitur
FR Forschungsförderung	seit 2006	Anstieg auf 55 Mrd. € jährlich (2016)	Bund: 100%	Förderung der Forschung an IFRs
Lehrerbildung	2014 - 2020	500 Mrd. €	Bund: 100%	Förderung von Hochschulen des Lehrerbildungsstudiums
Forschung ohne Bundesanteil	2007 - 2016	100 Mrd. €	Bund: 100%	Innovationsförderung / IFR
Stärkung Schulbau	2010 - 2015	Bundteil: rund 2 Mrd. € (Gesamt: 10,5 Mrd. € ausl.)	Bundeszuschüsse	Stärkung der Schulgebäude nach § 6 Änderung, Art. 106 (neue) Verfassungsgesetz
Hochschulsozialpakt	2018 - 1	2,35 Mrd. € (über 800 Mrd. € für 25.000 zusätzliche Studienplätze) Wahlrechtspakt Erweiterte Exzellenzinitiative 2 Mrd. € 500 Mrd. € für die Stärkung von Hochschulen, Gesamtwahlrechtspakt 1,3 Mrd. € 800 Mrd. € für die Kommunen - Action	2,35 Mrd. € (Bundesanteil Bund und Länder)	Ausbau der Wohnraum-, Mensen- und Beratungsleistungen der Studierendenwerke

22

DSW JOURNAL 2/2017

Fotos: Kay Herschelmann (4x) | Charles Yurk | Rolf Schulten | Illustration: 123RF



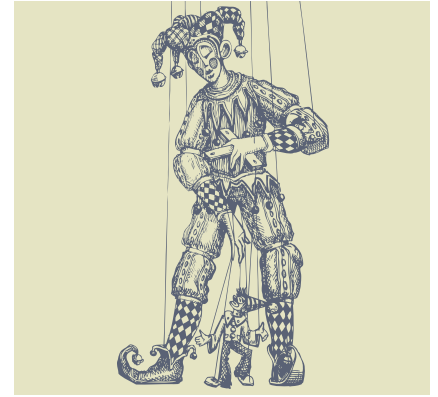
Ich bin eine Bohrmaschine
 Improtheater-Workshop des Studentenwerks Oldenburg / 30-33

PROFIL



Ada Pellert
 Eine visionäre Wienerin ist Rektorin der Fernuniversität Hagen / 34-37

PERSPEKTIVE



Fritz Berger
 Der Geschäftsführer des Hochschul-Sozialwerks Wuppertal will mehr Autonomie / 38-39



13 FRAGEN AN ...

Reinhard Hüttel, Vizepräsident acatech, Deutsche Akademie der Technikwissenschaften / 40-41

”
**DASS MÄNNER TECHNIK
 STUDIEREN, IST KEIN
 NATURGESETZ**

Ein Gedanke noch ...

Auch wer „Internationalisierung zuhause“ will, muss sie finanzieren, findet DSW-Präsident Dieter Timmermann / 42



POLITIK

Das sind die aktuellen Bund-Länder-Sonderprogramme für Wissenschaft, Forschung und Bildung.

Wir fragen uns: Wo bleibt der Hochschulsozialpakt?

Wann investieren Bund und Länder endlich auch gemeinsam in den Ausbau der Wohnheim-, Mensa- und Beratungskapazitäten der Studentenwerke?

Wo bleibt der Hochschulsozialpakt?

DSW JOURNAL 2017

FOTO-WETTBEWERB

KONTAKT



2. Platz, Jan-Robert Weist: „Rhein-e-Liebe“

FRANZÖSISCH-DEUTSCH Mit seinem Foto „Rheine-e-Liebe“ gewinnt Jan-Robert Weist, der Lehramt an der Universität Koblenz-Landau studiert, den zweiten Platz beim Fotowettbewerb der französischen und deutschen Studentenwerke. „Kontakt“ bzw. „Contact“ war das Thema des Wettbewerbs, der dieses Jahr zum zweiten Mal ausgetragen wurde. Organisiert wurde er vom Deutschen Studentenwerk in Kooperation mit CNOUS, dem Dachverband der französischen Studentenwerke sowie dem Deutsch-Französischen Jugendwerk. Insgesamt reichten Studierende aus 16 französischen und 12 deutschen Studentenwerken mehr als 150 Fotos beim Wettbewerb ein. Gewonnen hat der 20-jährige Biologie-Student Emmanuel Millet-Delpech aus Montpellier. *ml.*

» www.studentenwerke.de/de/Fotowettbewerb

NEUE MARKE

[koeri]werk macht Currywurst



KALB/VEGAN [koeri]werk: Diese neue Marke hat das Studierendenwerk Karlsruhe im Dezember 2016 eingeführt. Sie bietet eine Bratwurst aus 100 Prozent Kalbfleisch ohne Konservierungsstoffe, Geschmacksverstärker und Gluten, zusammen mit sechs unterschiedlich scharfen Gewürzmischungen, von mild-süßlich bis scharf-feurig. [koeri]werk gibt es auch in einer veganen

Variante aus 100 Prozent Bio-Sojabohnen. „Die Zubereitung erfolgt direkt vor dem Gast. Die Qualität wird erlebbar und lässt sich sozusagen herausschmecken“, ist Claus Konrad, Leiter der Hochschulgastronomie des Studierendenwerks Karlsruhe, überzeugt. Die Zahlen geben ihm recht: Die Verkäufe stiegen nach der Einführung von [koeri]werk um 25 Prozent bei der Kalbsbratwurst und um 30 Prozent bei der veganen Variante. *ml.* » www.sw-ka.de/de/

INKLUSION

Der Mensa-Tablettwagen



Inklusion auch in der Mensa, mit Rollstuhl und Tablettwagen.

ERFINDUNG Rollstuhl fahrende Studierende in die Lage versetzen, sich selbstbestimmt in der Mensa zu versorgen – das war 2011 die Idee des Studierendenwerks Hamburg beim inzwischen patentgeschützten „Mensa-Tablettwagen“. Er wurde vom Studierendenwerk Hamburg selbst entwickelt und gebaut – und in all jenen Mensen eingesetzt, in denen auch ein behindertengerechter Zugang mit dem Rollstuhl möglich ist. Inzwischen hat das Studentenwerk Hannover zwei Exemplare bei den Hamburger Kollegen geordert und im Einsatz. Eine weitere Bestellung über sechs Mensa-Tablettwagen kommt vom Studierendenwerk Stuttgart. Das Studierendenwerk Hamburg hofft auf weitere Bestellungen, um so Menschen, die auf den Rollstuhl angewiesen sind, die Teilhabe am gemeinsamen Essen in der Mensa oder auch in Firmen-Kantinen zu erleichtern. *ml*

» <http://dswurl.de/o0E6F>

Wussten Sie schon, dass ...

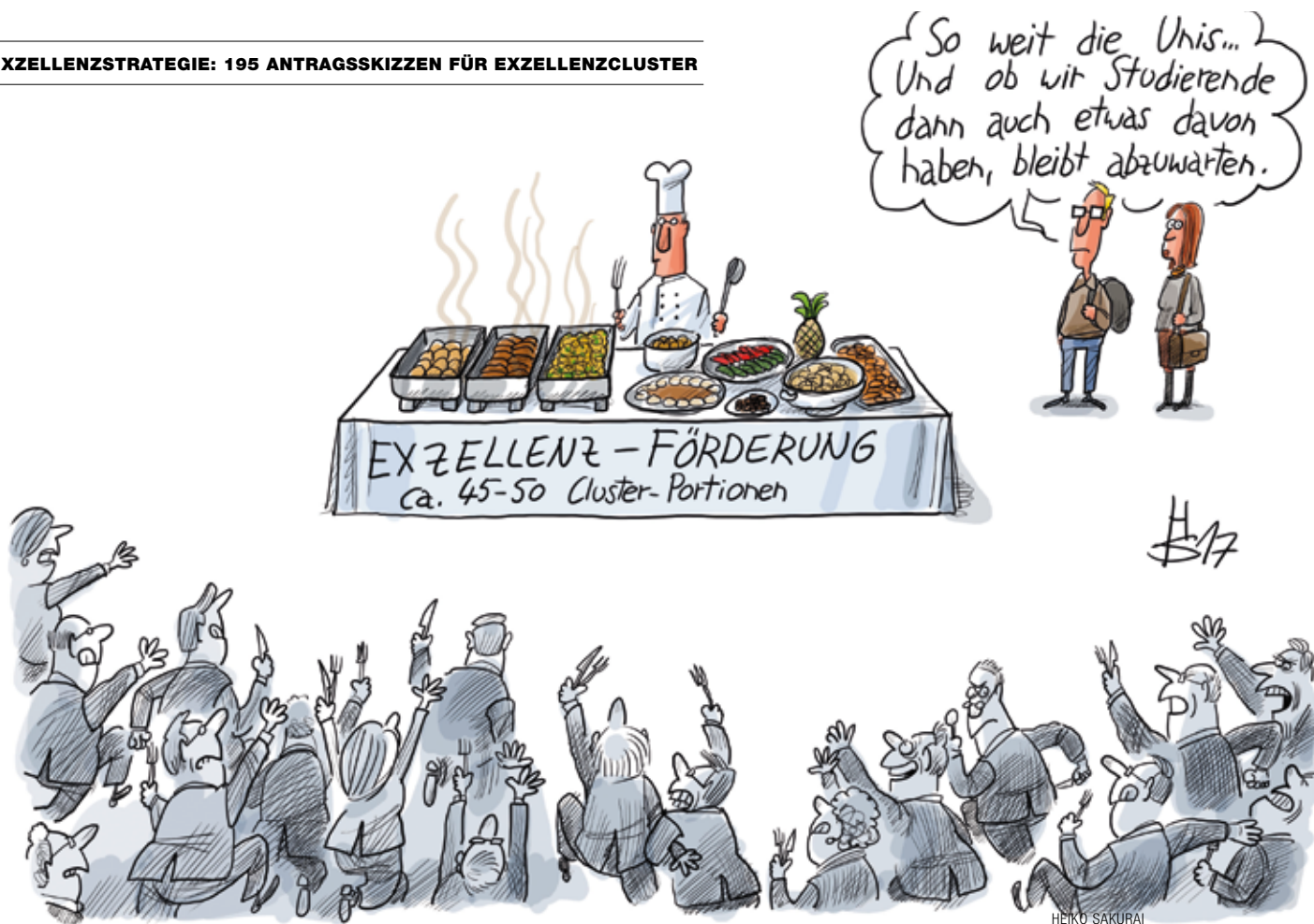
... **32.000 Studierende** im Jahr 2016 die psychologische Beratung der Studentenwerke in Anspruch genommen haben? Das sind fast **25%** mehr als im Jahr 2011.

Die Hauptprobleme: Prüfungsängste, Schwierigkeiten beim Studienabschluss, Arbeitsstörungen. **46** der **58**

Studentenwerke betreiben psychologische Beratungsstellen für Studierende. Für diese studienbegleitende Beratung fordern die Studentenwerke auch zusätzlich Mittel über einen **Bund-Länder-Hochschulsozialpakt**.

» www.studentenwerke.de

EXZELLENZSTRATEGIE: 195 ANTRAGSSKIZZEN FÜR EXZELLENZCLUSTER



EINE FRAGE ...

BREXIT, TÜRKEI: JETZT MEHR AUSLÄNDISCHE FORSCHER/-INNEN ANWERBEN?

Antworten der Bildungsexpert/-innen der Bundestagsfraktionen



Kai Gehring **MdB**
Bündnis 90/Die
Grünen

Angesichts der schwierigen Lage in zahlreichen Ländern ist es gut, dass Bund und Länder geflüchtete und gefährdete Wissenschaftler/-innen mit Stipendien unterstützen. Deutschland wird so zum Ankerplatz für Talente. Es geht uns um zirkuläre Migration. Denn Abwerbung oder Headhunting würden die Entwicklungschancen ärmerer Länder schmälern. Es wäre falsch, Internationalisierung nur zu betreiben, um Deutschland Wettbewerbsvorteile zu verschaffen. Vielmehr sind Mobilität und Austausch Grundlage für einen konstruktiven Dialog und wesentlich für Völkerverständigung und Vielfalt.

» www.kai-gehring.de



Nicole Gohlke **MdB**
Die Linke

500 Zeichen reichen für eine Antwort auf diese Frage nicht aus. Selbstverständlich sollte allen verfolgten Wissenschaftler/-innen – wie überhaupt allen verfolgten Personen – eine sichere Zuflucht geboten werden. In der Vermischung mit Brexit und dem Thema Braindrain ist die Frage aus meiner Sicht aber nicht zu beantworten.

» www.nicole-gohlke.de



Dr. Ernst Dieter Rossmann **MdB**
SPD

Deutschland muss seiner Verantwortung zum Schutz verfolgter Wissenschaftler/-innen noch stärker nachkommen. Wir plädieren für eine Verdopplung der Mittel für die Philipp Schwartz-Initiative, die Verfolgten Perspektiven in unserem Land bietet. Wissenschaftskooperationen wie die Türkisch-Deutsche Universität müssen weiter gepflegt werden, genauso mit anderen kritischen Staaten in Zeiten von Wissenschaftsfeindlichkeit, Renationalisierung und Abschottung. Unsere Leitlinie: Die Wissenschaft und ihre Freiheit stark machen. Ein gezieltes Abwerben ausländischer Forscher/-innen führt gerade zum Gegenteil.

» www.ernst-dieter-rossmann.de



Albert Rupprecht **MdB**
CDU/CSU

Wissenschaftliche Exzellenz lebt vom Austausch und von den Ideen der weltweit Besten. Deshalb sind Offenheit und Freiheit des Denkens auch künftig unsere Devise. Wir möchten Deutschland als Forschungs- und Innovationsstandort weiter stärken und gleichzeitig zur Lösung globaler Herausforderungen beitragen. Daher wollen wir, unabhängig von Brexit und Türkei unsere erfolgreichen Anstrengungen zur Gewinnung von Top-Talenten aus aller Welt intensivieren, aber auch unsere einheimischen Spitzenköpfe gezielt fördern.

» www.albert-rupprecht.de

STUDIERN AN DER KÜSTE

Beim Studentenwerk Rostock entscheiden die Studierenden mit, was auf den Mensateller kommt



Lennart Wetenkamp
Vorsitzender des Aufsichtsrats des Studentenwerks Rostock.

Was zeichnet das Studentenwerk Rostock aus

„Die klare Ausrichtung auf die unterschiedlichen Bedürfnisse Studierender zeichnet das Studentenwerk Rostock aus. Aus meiner Sicht wird der gesetzliche Sozialauftrag, alle Studierendengruppen zu fördern - auch ausländische, mit besonderem Unterstützungsbedarf, mit Kind etc. - konsequent umgesetzt. Besonders gut finde ich, dass hier Studierende über den Mensaausschuss aktiv die Speisepläne mitgestalten. Zusätzliche, für Studierende bezahlbare Wohnheimplätze sind in Rostock dringend erforderlich - hier ist das Land Mecklenburg-Vorpommern noch stärker gefragt.“



175
Beschäftigte

3.964.085 €
Umsatz
Hochschulgastronomie

7
Mensen &
Cafeterien



1.753
Tischplätze in Mensen



Durchschnittliche
Miete
242,22 €
warm im Monat



2.092
Wohnheimplätze

17.920
Studierende
WS 2016/2017

716
Sozial- und
Rechtsberatungen

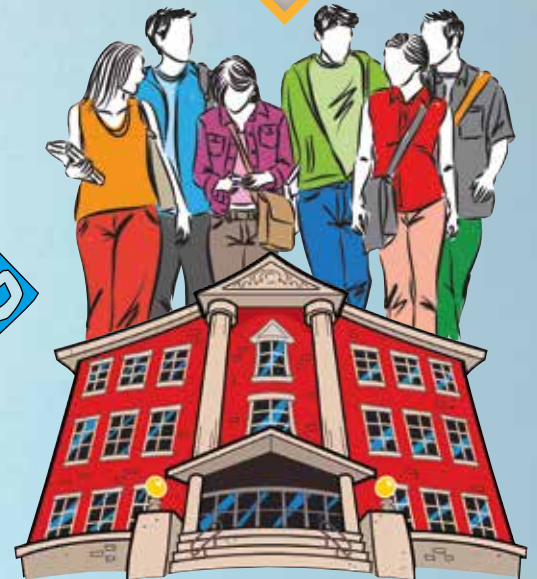
503
Psychologische
Beratungen



4.072
BAföG-Geförderte

23.400.302 €
BAföG-Auszahlungen

BAFÖG



Kai Hörig
Geschäftsführer des
Studentenwerks Rostock

Vor welchen Herausforderungen steht das Studentenwerk Rostock?

„Ein langfristig bedarfsgerechtes und faires Leistungsangebot für die Studierenden und deren Hochschulen ist unsere größte Herausforderung. Wesentliche Voraussetzungen bilden hier die enge Zusammenarbeit mit Studierenden und Hochschulen, mit den Hansestädten Rostock und Wismar sowie die angemessene Unterstützung der Landespolitik. Dazu suche ich aktiv das Gespräch mit allen Partnern; insbesondere beim Land werbe ich für zusätzliche Unterstützung unseres Studierendenwerkes bei den aktuellen Bauvorhaben im Mensa-/Wohnheimbereich sowie für die laufende Finanzierung unserer Mensen.“

PERSONALIA

Bester Koch-Azubi



v.l.n.r.: Thomas Krekel, 3. Platz, Studierendenwerk Siegen; Sieger Alexander Junghans, Studierendenwerk Paderborn; Brian Kraemer, 2. Platz, Hochschul-Sozialwerk Wuppertal.

ALEXANDER JUNGHANS vom Studierendenwerk Paderborn Mitte gewann den diesjährigen Kochazubi-Wettbewerb der Studierendenwerke Nordrhein-Westfalens und des Studentenwerks Osnabrück. Er fand im März 2017 erstmals im Studierendenwerk Paderborn statt. Nach einer Projektwoche stand die praktische Prüfung an; es ging darum, ein Drei-Gänge Menü aus Lachs, Kalbsoberschale und Rhabarber zu kreieren. Seezungen und Garnelen, verschiedene Gemüse, braune und

weiße Champignons durften ebenfalls eingesetzt werden. Den ersten Preis vergab die Fachjury an Junghans, Zweiter wurde Brian Kraemer vom Hochschul-Sozialwerk Wuppertal, Dritter Thomas Krekel vom Studierendenwerk Siegen. *ml*.

www.studierendenwerke-nrw.de/aktuelles-arge/azubi-wettbewerb-der-studierendenwerke-nrw-und-osnabrueck-erstmalig-in-paderborn/

PERSONALIA

Systemgastronomie-Meisterin 2017

JANA HANSEN Auszubildende der Systemgastronomie beim Studierendenwerk Aachen, gewann mit dem Team ihrer Berufsschule die Goldmedaille bei der größten deutschen Ausbildungsmeisterschaft der Branche, dem „Teamcup der Systemgastronomie“. Die Auszeichnung wurde auf der Gastronomie-Großmesse INTERNORGA im März 2017 in Hamburg vergeben. Mit ihrem Berufsschulteam glänzte die 24-Jährige in allen Disziplinen: Für eine fiktive Restaurantkette sollte die Speisekarte um ein veganes Gericht und ein regionales Getränk erweitert werden.

Dazu gehörte auch die Erstellung eines standardisierten Arbeitsablaufs samt Rezeptur. Hinzu kamen Marketingmaßnahmen wie das Entwerfen eines Designs einer neuen Nudelbox. Im Anschluss stellten sich die Teilnehmer/-innen einem umfangreichen Theorietest. *ml* <http://dswurl.de/-xKDO>



Jana Hansen, zweite von links, mit ihrem Siegerteam: Christopher Paul, Kathrin Groger, André Timmermann.

IMPRESSUM

DSW-Journal, Das Magazin des Deutschen Studentenwerks (DSW)
Ausgabe 2/2017, 12. Jahrgang

Das DSW-Journal erscheint viermal im Jahr.

Herausgeber: Deutsches Studentenwerk e. V., Monbijouplatz 11, 10178 Berlin

Verantwortlich: Achim Meyer auf der Heyde, Generalsekretär

Redaktionsleitung: Stefan Grob (sg.), stefan.grob@studentenwerke.de

Autorinnen und Autoren dieser Ausgabe: Fritz Berger, Armin Himmelrath, Heike Hucht, Bernd Kramer, Moritz Leetz (*ml*), Marie-Charlotte Maas, Karl-Heinz Reith, Jan-Martin Wiarda

Grafik: BlazekGrafik
www.blazekgrafik.de

Karikatur: Heiko Sakurai

Druck: Henrich Druck + Medien GmbH
www.henrich.de

Beratung: Helmut Orther
www.orthor-concept.de

Anzeigen:
dswjournal-anzeigen@studentenwerke.de
Es gilt die Anzeigenpreisliste vom 1. Januar 2017

Redaktionsanschrift:
Deutsches Studentenwerk e. V.

Redaktion DSW-Journal
Monbijouplatz 11, 10178 Berlin
Tel.: +49(0)30-29 77 27-20
Fax: +49(0)30-29 77 27-99

E-Mail: dswjournal@studentenwerke.de
Internet: www.studierendenwerke.de

Nachdruck und Wiedergabe von Beiträgen aus dem DSW-Journal sind nur mit ausdrücklicher Genehmigung der Redaktion erlaubt. Der Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.



KOLUMNE

GROB GESAGT

Grob vs. Dollase

„Dollase vs. Mensa“ ist ein lustiger und arroganter Video-Blog der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ (FAZ). Der Autor und Gastrokritiker Jürgen Dollase geht regelmäßig in die Mensen der Studentenwerke und unterzieht das Mensaessen einer an Begriffen wie Aromen, Texturen und Sensorik orientierten Geschmackskritik. Soll er machen. Das Mensaessen zu kritisieren, ist ein täglich hunderttausendfach ausgeübtes Grundrecht, und Dollase ist nicht der erste Gastrokritiker, der das tut.

Lustig ist der Blog, weil er auf komische Weise sein Ziel verfehlt. Dollase adressiert gar nicht die Köchinnen und Köche der Studentenwerke. Er missioniert die Studierenden. Er will ihnen „kulinarische Intelligenz“ beibringen. Dollase will einen gelehrten Diskurs über Bildung und Ernäh-

»Dollase schlägt den Sack und meint den Esel«

rung führen - und muss sich mit uns hemdsärmeligen Studentenwerks-Leuten herumschlagen. Er schlägt den Sack und meint den Esel.

Für Dollase ist es unbegreiflich, dass die Studentenwerke den „Redundanzessern“ = Studierenden das kochen, was sie, die Studis, gerne mögen. Da muss man doch erziehen! O-Ton Dollase: „Studenten sind manchmal ähnlich wie engstirnige ältere Herrschaften oder kleine Kinder - wenn die nicht bekommen, was sie kennen und lieben, bekommen sie schlechte Laune.“ Fragt er sich je, ob die Studierenden von ihm zwangsbe-glückt werden wollen?

Dollase mag in vielem, was er an den Mensen handwerklich oder technisch kritisiert, durchaus Recht haben. Aber wer von den lichten Höhen einer Essensphilosophie herunterpredigt, die weder auf Großküchenrealität noch auf eine knallharte, weil möglichst günstige, Preiskalkulation Rücksicht nimmt, ist einfach nur selbstgefällig.

<http://blogs.faz.net/blogseminar/>

Stefan Grob
Redaktionsleiter DSW-Journal
stefan.grob@studentenwerke.de

SPÜLKÜCHE MIT GUTER LAUNE

Gelacht wird viel in der Spülküche der Zentralmensa des Studentenwerks Kassel. „Unser Team ist rundum super!“, schwärmt Heike Appel (oben, Mitte). Was da nicht alles auf den Mensatabletts liegen bleibt: Schlüssel und Portemonnaies, Handys und Laptops. Sogar eine Zahnspange gab es mal. Und mehrere Eheringe. Vielleicht wurde der Ring ja gar nicht vergessen? Dann grinsen alle, beladen das nächste Spülband – und bringen die Fund Sachen zur Kasse, wo die verlorenen Dinge abgeholt werden können. Dass das Foto der zehn fröhlichen Spül-Frauen so schnell im Kasten war, verdanken wir auch der medialen Vorerfahrung von (im Uhrzeigersinn von links unten): Jessica Bakbachi, Manuela Kotzot, Claudia Ziegert, Michaela Siebert, Heike Appel, Anna Schwendich, Sabine Reinartz, Claudia Harms, Lisa Jassens und Jutta Koch. Sie waren schon beim Videoclip „Deine Mensa 2.0“ der Kasseler Band „Wir bringen kalten Kaffee mit“ dabei. him.

» www.youtube.com/watch?v=xYK2Yx_YImQ

» www.studentenwerk-kassel.de

**STUDENTEN
WERK KASSEL** 



BUNDESTAGSWAHL

Wie gut ist unser Bildungssystem wirklich? Ist der deutsche Bildungsföderalismus überholt? Wie steht es um die Chancengleichheit – und geht es uns wirtschaftlich gut, weil unsere Bildung so gut ist?

Antworten von **Marcel Fratzscher, Jutta Allmendinger und Ludger Wößmann.**

FOTOS: Kay Herschelmann

SO GEHT BILDUNG!

DSW-Journal: Frau Allmendinger, stellen Sie sich vor, Sie wären Bildungsministerin. Was würden Sie als erstes machen?

Jutta Allmendinger: Ich würde ressortübergreifend dafür werben, Kinder so lange wie möglich miteinander groß werden zu lassen, bis hin zu einem verpflichtenden Zivildienst, für Männer und Frauen. Der würde ein Jahr lang dauern und wäre im Kern ein teilweise bezahltes gesellschaftliches Engagement. Wir brauchen wieder soziale Marktplätze, auf denen sich Menschen unterschiedlicher Herkunft treffen können. Auch das ist ein Stück Bildung. Der Verlust dieses gemeinsamen Raums in den vergangenen Jahrzehnten hat den Zusammenhalt unserer Gesellschaft erodieren lassen.



Marcel Fratzscher, Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW)



Jutta Allmendinger, Präsidentin des
Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung (WZB)

Ludger Wößman, Leiter des ifo Zentrums
für Bildungsökonomik



Prof. Dr. Jutta Allmendinger

»ICH WERBE DAFÜR, KINDER SO LANGE WIE MÖGLICH MITEINANDER GROSS WERDEN ZU LASSEN, BIS HIN ZU EINEM VERPFLICHTENDEN ZIVILDIENTST, FÜR MÄNNER UND FRAUEN.«

Und Sie, Herr Fratzscher? Was wäre Ihre erste Entscheidung als Bildungsminister?

Marcel Fratzscher: Ich würde eine Bildungsoffensive bei der frühkindlichen Bildung anstoßen wollen, um deren Qualität zu verbessern und vor allem mehr Kinder mitzunehmen, damit die Kitas zu solchen Marktplätzen werden, von denen Frau Allmendinger spricht. Ich sehe die Verbesserung der Chancengleichheit als eine der wichtigsten gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Aufgaben in Deutschland heute. Wenn wir alle Talente und Fähigkeiten unabhängig vom sozialen Hintergrund fördern wollen, geht das am wirkungsvollsten über die frühkindliche Bildung. Darum müssen wir gezielt dort investieren, wo es noch mangelt: in bessere Betreuungsschlüssel, verbesserte Inhalte und mehr Zielgenauigkeit.

Frau Allmendinger sprach von einer Zivildienstpflicht. Brauchen wir auch eine Kitapflicht für alle?

Fratzscher: Zuerst einmal muss eine bessere Qualität des Bildungsangebots überhaupt geschaffen werden, um so auch Anreize zu schaffen für Eltern, diese dann auch für ihre Kinder zu nutzen. Wenn die Bedingungen in den Kitas gut sind, kommen auch die Kinder. Und wenn die Qualität stimmt, profitieren Kinder aus sozial schwächeren Familien und aus Familien mit Migrationshintergrund besonders stark.

Allmendinger: Das ist mir zu weich. Ich glaube nicht, dass Eltern, die seit langer Zeit Hartz-IV beziehen, solchen Anreizfaktoren folgen. Genauso wenig wie solche Eltern, die gerade nach Deutschland gekommen sind

und andere Familienmodelle im Kopf haben. Das Mindeste wäre, dass der Staat systematisch zu den Familien kommt und von der Geburt der Kinder an für den Kitabesuch wirbt.

Sie wollen eine verpflichtende Familienhilfe für alle?

Allmendinger: Jede Familie, in der ein Kind geboren wurde, sollte regelmäßig eine Beratung bekommen. Man könnte sich die beratende Person als Unterstützer vorstellen, der die Angebote unseres Bildungssystems erklärt, sodass für alle Eltern Klarheit herrscht.

Warum ist „Pflicht“ ein so unpopuläres Wort, wenn wir über Bildung sprechen?

Ludger Wößmann: Weil wir Angst haben, den Bildungsbürgern etwas vorzuschreiben. Aber die Kinder der Bildungsbürger sind ja ohnehin alle in der Kita. Also ich hätte kein Problem damit, den Kitabesuch für drei- oder vierjährige Kinder zur Pflicht zu machen. Nur dann erreichen wir die rund fünf Prozent, die bislang nicht kommen, es aber besonders nötig hätten. Die politisch weniger riskante Alternative wäre natürlich eine sogenannte Opt-Out-Regel: Wer sein Kind nicht aktiv von der Kita abmeldet, dessen Kind muss hingehen. Die meisten Eltern, deren Kinder nicht in der Kita auftauchen, entscheiden sich nicht bewusst gegen den Besuch, sie setzen sich einfach nicht mit der Option auseinander.

Allmendinger: Und genau das würde ich gerne umdrehen: Statt der Opt-Out-Regel ist ein aktives Werben für Kitas direkt in den Familien besser.

Die SPD setzt im Bundestagswahlkampf beim Thema Kita vor allem auf Kostenfreiheit. Passt das mit Ihren Ideen zusammen?

Wößmann: Wir müssen sicherstellen, dass das untere Einkommensviertel der Bevölkerung möglichst nichts zahlt. Das ist vielerorts längst so, aber nicht überall. Eine Kostenfreiheit für alle läuft dagegen weitgehend auf eine Bezuschussung der bessergestellten Familien hinaus.

Fratzscher: Für mich ist Kostenfreiheit in der Bildung schon ein Ideal. Aber auch ich sehe einen Widerspruch darin, dass wir gleichzeitig enorme Zusatzinvestitionen gerade in die Kitas brauchen. Wo soll denn das Geld herkommen? Wie bezahlen wir den besseren Betreuungsschlüssel oder den nötigen Sprachunterricht bei Migrantenkinder? Auf diese Frage müssen wir Antworten haben, bevor wir Kitas für alle kostenfrei stellen. Ein anderer Widerspruch besteht für mich darin, dass Eltern für Kitas zahlen müssen, aber Studenten umsonst



Jutta Allmendinger, Marcel Fratzscher, Ludger Wößmann, Achim Meyer auf der Heyde, Jan-Martin Wiarda am 28. April 2017 im Deutschen Studentenwerk (v.l.n.r.)

zur Uni gehen können. Und da gilt das Argument, das Ludger Wößmann für die Kitas angeführt hat, noch stärker: Kostenfreie Hochschulen helfen vor allem denen, die schon bessergestellt sind. 70 Prozent der Akademikerkinder studieren und nur 20 Prozent der Kinder aus Nicht-Akademikerhaushalten. Das zeigt: Solange das Ideal von kostenloser Bildung zu Lasten der Qualität und der Chancengerechtigkeit geht, sollte man auf die Kostenfreiheit auch für die Bessergestellten verzichten.

Herr Wößmann, Sie müssen uns noch Ihren Plan vorstellen für den Fall, dass Sie Bildungsminister werden.

Wößmann: Das Problem ist, dass ich nicht glaube, dass es die eine „Golden Bullet“ gibt, mit der man alle Probleme beseitigen kann. Hinzu kommt, dass einige der wichtigsten Lösungen gar nicht in die Zuständigkeit eines Bundesbildungsministers fallen.

Was meinen Sie konkret?

Wößmann: Bislang haben wir vor allem über Chancengerechtigkeit gesprochen. Mir ist wichtig, dass wir immer auch die Leistungsorientierung mitdenken. Dass es nicht nur darum geht, dass man irgendwo in die Kita oder Schule geht, sondern dass etwas dabei herauskommt. Übrigens gilt auch das gerade wieder für Kinder aus bildungsfernen Schichten, bei denen die Leistungsorientierung häufig nicht von den Eltern vorgelebt wird. Und um diese Kinder zu erreichen, brauchen wir deutschlandweit mehr vergleichbare Prüfungen,

deutschlandweite Standards, die einfordern, was wo gelernt werden muss.

Fordern Sie ein bundesweites Zentralabitur?

Wößmann: Wenn Sie es so nennen wollen. Wobei das kein Zentralabitur wäre in dem Sinne, dass alle Prüfungen komplett einheitlich wären. Das ist in unserem Föderalismus auch gar nicht realistisch. Der Aktionsrat Bildung, zu dem ich gehöre, hat vor einigen Jahren ein sogenanntes „Gemeinsames Kernabitur“ vorgeschlagen. Der Kern, das sind Deutsch, Mathematik und Eng-



Prof. Dr. Marcel Fratzscher

»ES KANN NICHT SEIN, DASS LÄNDER, EINZELNE SCHULEN ODER KOMMUNEN NICHT WIRKLICH DARÜBER RECHENSCHAFT ABLEGEN, WIE SIE DIE ÖFFENTLICHEN GELDER EINSETZEN.«



lisch. In diesen Fächern sollten die Abiturprüfungen deutschlandweit einheitlich am gleichen Tag abgenommen werden.

Würde das nicht zur Gleichmacherei der unterschiedlichen Schulprofile führen?

Wößmann: Wir würden doch nur einen Standard-Schwerpunkt in den Bereichen setzen, bei denen wir uns alle einig sind, dass sie wichtig sind. Darüber hinaus können die Bundesländer doch alles weiter so machen, wie sie es wollen. Anders ist es auch gar nicht denkbar, denn keiner will, dass die Endnote nur an einem Test, der Abiturprüfung, hängt. Doch umgekehrt müssen wir schon sicherstellen, dass jemand, der in Bremen zur Schule geht, die gleichen Chancen auf eine gute Schulbildung hat wie das Kind in einem anderen Bundesland.

Allmendinger: Das wäre schon deshalb keine Gleichmacherei, weil jede Schule den Weg zu diesem Ziel selbst bestimmen könnte.

Wößmann: Genau darum geht es ja bei gemeinsamen Standards, dass man den Ländern, aber auch den Schulen viel mehr Selbstständigkeit und Freiheit gibt, die Wege zum vorgegebenen Ziel zu finden.

**»WER BILDUNGSEXANSION
AUTOMATISCH MIT MEHR CHANCENGE-
RECHTIGKEIT GLEICHSETZT, IRRT.«**

Prof. Dr. Ludger Wößmann

Eigentlich fragen wir uns die ganze Zeit, wie wir angesichts des bildungspolitischen Föderalismus die gleichen Chancen für alle schaffen können. Glauben Sie eigentlich an die Segnungen des Wettbewerbsföderalismus?

Fratzcher: In der Wirtschaft bedeutet Wettbewerb, dass die einen Unternehmen florieren, während andere bankrottgehen können. Das ist das exakte Gegenteil dessen, was wir in der Bildung wollen. Wir wollen nicht, dass einige profitieren, während andere hinten herunterfallen. Wir wollen, dass alle vom bestmöglichen System profitieren.

Ist der Bildungsföderalismus also ein Widerspruch in sich?

Fratzcher: Vielfältige Bildungsangebote in den Bundesländern müssen nicht schlecht sein, aber ich würde nicht von Wettbewerb reden, sondern von unterschiedlichen Wegen und von Wahlfreiheit. Und ja, einige Bundesländer müssen mehr tun, um die Qualität ihres Bildungssystems zu verbessern. Nur eine solche Verbesserung erreicht man nicht, indem man diesen Ländern mit einem Scheitern in einem Wettbewerb droht, sondern auch durch größere Transparenz.

Allmendinger: Solange wir unsere Schulsysteme nicht durch gemeinsame Standards und systematische Evaluationen miteinander verknüpfen, passt der Begriff Wettbewerbsföderalismus ohnehin nicht. Wettbewerb lebt von Transparenz, und die haben wir im Föderalismus derzeit nicht.

Wößmann: Das sehe ich genauso. Der Wettbewerb könnte funktionieren, wenn wir Vergleichsmaßstäbe etablieren. Dann könnte man verschiedene bildungspolitische Maßnahmen ausprobieren und wirklich voneinander lernen. Soweit die Theorie. Aber wir wissen ja gar nicht, was hinten herauskommt bei all den Reformen, die die Bildungspolitik in den 16 Bundesländern durchführt. Tatsächlich verhindert die Politik sogar Transparenz. Eigentlich brauchen wir einen Staatsvertrag, in dem sich die Länder auf Offenlegung und bestimmte Regeln zum Systemvergleich verpflichten.

Vor einigen Jahren haben einige Bildungsforscher und Politiker deshalb einen Nationalen Bildungsrat gefordert. Unter anderem Sie, Frau Allmendinger.

Allmendinger: Ich glaube immer noch, dass ein Bildungsrat die Antwort sein könnte. Aber er bräuchte klare Kompetenzen. Er müsste die Lehrerbildung bundesweit auf ein einheitliches Mindestniveau heben. Er müsste Kompetenzziele vorgeben, die im Unterricht erreicht

werden müssen. Und er müsste besonders gute Schulen auszeichnen, ähnlich wie der Deutsche Schulpreis. Für die Schulen, die ausgezeichnet werden, nennt der Preis klare Kriterien. Wieso kann so eine Transparenz nur von Stiftungen geschaffen werden und nicht von einer staatlichen Institution?

Wößmann: Dann, und nur dann könnte ein Bildungsrat sinnvoll sein. Hauptsache, da wird nicht nur geredet.

Fratzcher: An der Stelle würde auch der Begriff des Wettbewerbs wieder Sinn ergeben. Es kann eigentlich nicht sein, dass Länder, einzelne Schulen oder Kommunen nicht wirklich darüber Rechenschaft ablegen, wie sie die öffentlichen Gelder einsetzen. Und ob sie letztlich auch die gesteckten Bildungsziele erreichen.

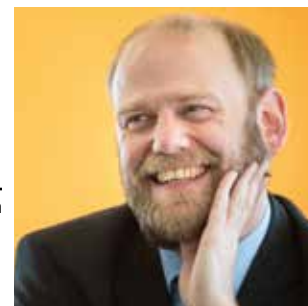
Reden wir über die Hochschulen. Einige von ihnen behaupten, für die Chancengerechtigkeiten in den Bildungskarrieren seien sie nicht verantwortlich, die seien ja längst geschehen, bis die jungen Menschen in der Hochschule ankommen.

Allmendinger: Das stimmt so natürlich nicht. Selbst von Kindern aus bildungsfernen Schichten, die eine Hochschulzugangsberechtigung haben, gelingt deutlich weniger der Sprung ins Studium. In Nordrhein-Westfalen und anderswo gibt es jetzt sogenannte Talent-Scouts, die gezielt Jugendliche für ein Studium ansprechen, und zwar schon in den letzten Schuljahren. Die Erfahrungen zeigen: Das funktioniert. Die Hochschulen können auch selbst mehr tun, indem sie Orientierungskurse einrichten und den Studienanfängern den Start ins Studium erleichtern. Manche Jugendliche müssen erst noch besser schreiben lernen, andere brauchen ein Tutorium in mathematischen Grundfertigkeiten. Das bedeutet aber nicht, dass sie grundsätzlich nicht für ein Studium geeignet sind. Als Hochschullehrerin muss ich Potenziale erkennen und fördern.

Fratzcher: Wir müssen den Kindern und Jugendlichen auch klarmachen, welche finanziellen Hilfen es gibt. Ihnen aufzeigen, welche Optionen sie haben und warum und wie ein Studium sich für sie lohnt. Vor allem aber müssen die Hochschulen erstmal selbst die Vielfalt vorleben, die sie angeblich alle fördern wollen. Nehmen wir mein Fach, die Volkswirtschaft. 85 Prozent der Professuren sind mit Männern besetzt, darunter kaum mal ein Migrant.

Allmendinger: Das ist ein wichtiger Punkt. Welche Studierenden wählen wir Professorinnen denn aus, damit sie unsere Hilfskräfte werden? Welche Studierenden arbeiten mit an einer Studie oder schreiben ein Papier zusammen mit Herrn Fratzscher, Herrn Wößmann oder Frau Allmendinger? Im Zweifel sind das Leute, die so ähnlich sind wie wir selbst. Ich weiß aus eigener Erfahrung, dass es viel schwieriger ist, bildungsferne Leute

Prof. Dr. Ludger Wößmann



»DIE POLITIK VERHINDERT TRANSPARENZ. WIR BRAUCHEN EINEN STAATSVERTRAG, IN DEM SICH DIE LÄNDER AUF OFFENLEGUNG UND BESTIMMTE REGELN ZUM SYSTEMVERGLEICH VERPFLICHTEN.«

mit dem Habitus eines Hochschullehrers vertraut zu machen. Man möchte von seinen Mitarbeitern ja entlastet werden, die sollen selbst Vorträge halten und so weiter. Hinzu kommt, dass unsere Hilfskräfte dann im Anschluss an ihre Tätigkeit bei uns wieder eine viel größere Chance haben, auf dem akademischen Arbeitsmarkt erfolgreich zu sein und zum Beispiel Professorinnen zu werden.

Wößmann: Bei der Bildungsexpansion der 1970er Jahre hatten wir ein ganz ähnliches Problem. Viel mehr Leute haben den Zugang zur Hochschule gefunden, aber die meisten dieser Leute waren Kinder aus den sogenannten besseren Schichten. Wer Bildungsexpansion automatisch mit mehr Chancengerechtigkeit gleichsetzt, irrt. Bildungsexpansion muss einhergehen mit gezielten Programmen gerade für Kinder aus bildungsfernen Schichten, und zwar von der Kita bis zur Hochschule. Sonst profitieren nur wieder die Akademikerkinder.

A propos Bildungsexpansion. Der Münchner Philosoph Julian Nida-Rümelin hat die Debatte über eine angebliche Akademikerschwemme gestartet, und viele Arbeitgeber sind erfreut aufgesprungen. Wem nützt eine solche Debatte?

Allmendinger: Eine solche Debatte ist perfide. Sie suggeriert eine Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung. Dabei unterscheidet sich das Lebensinkommen zwischen einem akademisch Gebildeten und einem dual Ausgebildeten im Schnitt um eine Million Euro. Daran ändern auch die vermeintlichen



Heere studierter Taxifahrer nichts. Die meisten fahren, wenn überhaupt, ja auch nur vorübergehend Taxi.

Warum also diese Debatte?

Allmendinger: Weil dadurch bestimmte Personengruppen aus dem Studium gedrängt werden sollen und so Jugendliche, die studieren könnten, einen handwerklichen Beruf erlernen. Und in den meisten Fällen sind das Jugendliche aus bildungsfernen Elternhäusern.

Wößmann: Die Unternehmen erhoffen sich eine Linderung des Fachkräftemangels. Aber diesen über eine Angst-Diskussion beheben zu wollen, ist nicht fair. Wenn die Unternehmen über zu wenige Bewerber für ihre Lehrstellen klagen, dann heißt das volkswirtschaftlich ausgedrückt, dass wir die falschen Preise haben. In diesem Fall: zu niedrige Löhne für Ausbildungsberufe.

Fratzcher: Die Debatte um die Akademikerschwemme ist auch deshalb gefährlich, weil sich der

»ES KANN NICHT SEIN, DASS LÄNDER, EINZELNE SCHULEN ODER KOMMUNEN NICHT WIRKLICH DARÜBER RECHENSCHAFT ABLEGEN, WIE SIE DIE ÖFFENTLICHEN GELDER EINSETZEN.«

Prof. Dr. Marcel Fratzcher

technologische Wandel beschleunigt und viele Jobs, gerade solche mit dualer Ausbildung, künftig wegfallen. Wenn ich heute Bürokaufmann oder Bürokauffrau lerne, ist die Wahrscheinlichkeit, dass ich in 20 Jahren noch den gleichen Job mache, sehr gering. Unser duales Ausbildungssystem ist sicherlich gut, aber es muss sich auch anpassen. Ein gutes Ausbildungssystem ist ein solches, das den Menschen nicht nur kurzfristig einen Job gibt, sondern auch langfristige Chancen eröffnet.

Wößmann: Und eigentlich ist das schon seit Jahrzehnten so. Nur hat sich das keiner bewusst gemacht. Eine sehr berufsspezifische Ausbildung erleichtert zwar den Eintritt in den Arbeitsmarkt, weil ich genau die Skills gelernt habe, die gerade gebraucht werden. Die andere Seite der Medaille ist aber erreicht, wenn ich 45 bin und mein Job durch die Globalisierung nach Ostasien geht oder wegautomatisiert wird. Dann fällt Menschen, die eine sehr berufsspezifische Ausbildung hatten, die Umorientierung viel schwerer, weil sie keine breitere Basis haben.

Ist das duale Ausbildungssystem also am Ende?

Allmendinger: Soweit würde ich nicht gehen, aber der internationale Wettbewerbsvorteil, den Deutschland dank des dualen Systems hatte, der ist gefährdet. Länder, in denen das „training on the job“ üblich ist, können sich den globalen Veränderungen manchmal schneller und flexibler anpassen. Und unterdessen reden wir immer noch von der dualen Ausbildung als deutschen Exportschlag. Wir müssen uns davon verabschieden, dass eine Ausbildung im Leben reicht. Ich würde so etwas wie eine zweite, verpflichtende Ausbildung etablieren wollen. Diese kann, muss aber nicht eine duale Ausbildung sein.

Das heißt, ich muss ein zweites Mal in die Lehre gehen oder studieren?

Allmendinger: Was heißt hier müssen? Sie dürfen. In Deutschland wird jedes Weiterbildungsangebot sofort als Pflicht abqualifiziert. Ich halte es für einen Fehler, mit der Weiterqualifizierung zu warten, bis die Arbeitslosigkeit schon da ist. Darin besteht auch das Missverständnis von SPD-Kanzlerkandidat Martin Schulz und seinem Arbeitslosengeld Q.

Wir reden von Leuten, die immerhin einen Abschluss haben. Was ist mit dem, Sechstel jedes Jahrgangs, das das Bildungssystem ohne jede schulische oder berufliche Qualifikation verlässt?

Wößmann: Vor 40 Jahren waren das noch fast 40 Prozent, heute sind es nur noch 16 Prozent. Aber der

niedrigere Wert täuscht: Seit der Wiedervereinigung hat er sich nicht mehr geändert. Und während Ungelernte früher durchaus Jobs fanden, ist heute trotz Job-Booms ein Fünftel von ihnen arbeitslos. Wenn der Staat aber erst eingreift, nachdem die Leute schon arbeitslos geworden sind, und erst dann versucht, sie umzuschulen oder weiterzubilden, helfen die Maßnahmen zumeist nicht mehr. Zum Teil ist der Effekt sogar negativ.

Stichwort Arbeitslosengeld Q: Ist der Eindruck richtig, dass die Politik lieber in Arbeitsmarktmaßnahmen investiert als in die Bildung?

Allmendinger: Zumindest folgen bei der Arbeitsmarktpolitik den Worten häufiger Taten. Die Bildungspolitik ist, wenn man sich die Wahlprogramme anschaut, seit Jahrzehnten top, und trotzdem passiert zu wenig. Ich glaube, wir müssen aufhören, überhaupt das eine gegen das andere auszuspielen.

Fratzscher: Viele Leute haben noch die Vorstellung: Ich mache die Ausbildung fertig und arbeite dann, und dann habe ich mit Bildung nichts mehr am Hut. Die Zukunft ist aber ein Hin und Her zwischen Arbeits- und Ausbildungsphasen, auch ein Nebeneinander. Lebenslanges Lernen und eine stetige Qualifizierung werden deutlich an Bedeutung gewinnen. Und dafür muss die Politik bessere Voraussetzungen schaffen.

Allmendinger: Und deshalb bin ich dafür, Querschnittsministerien einzurichten, eben weil die Arbeitsmarktpolitik, die Bildungspolitik, aber auch die Familienpolitik viel stärker als bislang miteinander verflochten werden müssen.

Das würde bedeuten, dass wir zur alten Bundesagentur zurückmüssten, die bis 2002 sehr viel stärker in längerfristigen Qualifizierungsmaßnahmen investiert hat.

Allmendinger: Hoffen wir mal, dass der neue Agentur-Chef Detlef Scheele das hinbekommt. Er sagt ja, dass die Bundesagentur jetzt zu einer Qualifizierungsagentur werden soll. Klar ist: Wir brauchen nicht Kommission 1, die die Zukunft der Arbeit berät, und dann Kommission 2, die sich mit der Zukunft der Bildung auseinandersetzt. Wenn wir drei jetzt alle Expertenkommissionen auf einen Zettel schreiben würden, in denen wir schon mitgearbeitet haben, käme ganz schön was zusammen.

Wößmann: Ein Aspekt, der die Bildung von den anderen Bereichen unterscheidet, ist tatsächlich, dass es keine nationale Bildungspolitik gibt. Es gibt jede Menge Sonntagsreden, Ideen und Programme, aber wir haben auf nationaler Ebene niemanden, den wir für Bildung in letzter Konsequenz politisch verantwortlich machen können. Wenn die Arbeitslosigkeit in Deutschland hoch-



»WETTBEWERB LEBT VON TRANSPARENZ, UND DIE HABEN WIR IM BILDUNGS-FÖDERALISMUS DERZEIT NICHT.«

Prof. Dr. Jutta Allmendinger

geht, dann wissen wir, an wen wir uns zu wenden haben. Aber wenn es bei der Bildung in Deutschland insgesamt Handlungsbedarf gibt, wissen wir das nicht.

Sind wir nicht zu schwarzmalersch? Die Wirtschaft boomt, die Arbeitslosigkeit ist niedrig, es geht uns doch gut.

Fratzscher: Natürlich geht es vielen in Deutschland heute gut, wenn auch bei weitem nicht allen. Wer auf die niedrige Arbeitslosigkeit verwiesen wird, unterschlägt aber meistens zu erwähnen, wie groß unser Niedriglohnbereich geworden ist und dass auch bei den Löhnen die Schere deutlich weiter aufgegangen ist. Viele Menschen haben Angst um die Zukunft, dass technologischer Wandel oder Globalisierung sie den Job kosten könnten, dass ihre Qualifikationen nicht mehr ausreichen werden. Häufig sagt die Politik noch immer: „Sozial ist, was Arbeit schafft“. Ich finde, unser Anspruch als Gesellschaft sollte es sein, gute Arbeit zu schaffen, also Arbeit mit guten Einkommen und Perspektiven für die Zukunft.



»WIR BRAUCHEN DEUTSCHLANDWEIT MEHR VERGLEICHBARE PRÜFUNGEN, DEUTSCHLANDWEITE STANDARDS, DIE EINFORDERN, WAS WO GELERNT WERDEN MUSS.«

Prof. Dr. Ludger Wößmann

Allmendinger: Solange etwa der Vorsitzende des Deutschen Lehrerverbands argumentiert, die niedrige Arbeitslosigkeit beweise, dass unser Bildungssystem großartig sei, wir also mit dem Herummäkeln aufhören sollten –, genau solange haben wir ein echtes Problem.

Wößmann: Da werden allzu einfache Zusammenhänge hergestellt. Dass Deutschland gerade im europäischen Zusammenhang gut da steht, weil das Kapital zu uns kommt, hat nichts mit der Stärke unseres Bildungssystems zu tun, sondern mit der Finanzkrise. Und das ist eine Momentaufnahme. Wenn die nächste Rezession bei uns ankommt, was sagt denn das dann über unser Bildungssystem aus? Über einen langen Zeitraum hinweg, über 40 oder 50 Jahre, ist das anders. Da gibt es tatsächlich einen starken Zusammenhang zwischen dem Abschneiden eines Landes bei Pisa oder anderen Kompetenztests und der Wachstumsrate. Und wir wissen, wie wir bei Pisa stehen. Wir haben uns verbessert. Aber wir sind noch lange nicht in der Spitzengruppe.

»DIE DEBATTE UM DIE AKADEMIKERSCHWEMME IST GEFÄHRLICH, WEIL SICH DER TECHNOLOGISCHE WANDEL BESCHLEUNIGT UND VIELE JOBS, GERADE SOLCHE MIT DUALER AUSBILDUNG, KÜNFTIG WEGFALLEN.«

Prof. Dr. Marcel Fratzscher

Ungleichheit bei den Zukunftschancen ist das eine. Eine zukunftsfähige Wirtschaft das andere. Haben wir einen Innovationsstau in Deutschland?

Fratzcher: Ich glaube: ja. Wir merken ihn nur noch nicht, weil unsere Produkte auf dem Weltmarkt noch wettbewerbsfähig sind. Die Politik hat sich drei Prozent der Wirtschaftsleistung für Forschung und Entwicklung (F&E) als Ziel gesetzt. Doch eine so F&E-intensive Volkswirtschaft wie die deutsche müsste deutlich ambitionierter sein. Es gibt zwar einen Teil, der sehr innovativ ist, vor allem die sehr exportorientierten Industriebereiche. Gleichzeitig haben wir enorme Schwächen in vielen Dienstleistungssektoren, wo Bürokratie und Regulierung des Staates zu stark und Innovation zu schwach sind. In vielen Zukunftsbranchen, wie den Informations- und Kommunikationstechnologien, hinkt Deutschland deutlich hinterher. Die Folgen dieser Schwächen werden wir nicht sofort spüren, aber ich mache mir Sorgen, dass Deutschland in 15, 20 Jahren einen Teil seiner wirtschaftlichen Stärke eingebüßt haben könnte.

Wößmann: „In dem, was wir machen, sind wir vielfach schon sehr stark im F&E-Bereich. Wir sind extrem gut darin, auf dem aufzubauen, was wir schon machen, unsere Produkte zu perfektionieren und in die ganze Welt zu vertreiben. Es gibt jede Menge Nischen, in denen unsere Industrie bestens aufgestellt ist. Die große Frage ist allerdings, wie wir damit klarkommen, wenn plötzlich disruptive Prozesse stattfinden, wenn auf einmal Google kommt oder andere Unternehmen, die gerade nicht in Deutschland sitzen und möglicherweise das gesamte Geschäftsmodell der Industrie neu definieren? Ich glaube, dass das Problembewusstsein immerhin bei

den großen Konzernen, den Autobauern etwa, angekommen ist. Sie investieren jetzt alle ins autonome Fahren und andere neue Technologien, weil sie wissen, dass Google ihnen sonst den Rang streitig macht. Aber natürlich reden wir hier nicht von einem Problembewusstsein in der Breite, sondern nur an der Spitze der deutschen Wirtschaft.

Fratzcher: Und selbst dieses Problembewusstsein war nur eine Reaktion auf schon verpasste Entwicklungen.

Allmendinger: Wir sollten nicht immer nur über technische Innovationen sprechen. Denn unsere Gesellschaft ist zunehmend sozial gespalten, und zwar durch eine Reihe von Faktoren: Wir wohnen an unterschiedli-

ZUR PERSON



Prof. Dr. Jutta Allmendinger, 60, zählt zu den führenden Soziologinnen und Arbeitsmarktforscherinnen in Deutschland. Seit 2007 leitet sie das Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB), vorher war sie Direktorin des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB). Allmendinger setzt sich seit vielen Jahren mit der Zukunft der Berufswelt und sich wandelnden Lebensentwürfen auseinander, mit Fragen der Ungleichheit und der Geschlechtergerechtigkeit. Sie prägte als erste den Begriff der „Bildungsarmut“ und plädierte unter anderem für ein neues Modell der Familienarbeitszeit. Allmendinger ist äußerst aktiv in der Politikberatung: Unter anderem war sie sechs Jahre lang Mitglied des Wissenschaftsrats und gehörte der von der Bundesregierung berufenen Expertenkommission für Forschung und Innovation an. Zwischenzeitlich wurde sie als mögliche Nachfolgerin von Bundespräsident Joachim Gauck gehandelt. Sie ist Mitglied der SPD.

www.wzb.eu/de/personen/jutta-allmendinger



Prof. Dr. Ludger Wößmann, 43, ist Volkswirt und gilt als „der“ Bildungsökonom im deutschsprachigen Raum. Wie müssen Schulen und Bildungssysteme organisiert sein, damit sich die Chancengerechtigkeit für alle erhöht und gleichzeitig das Leistungsniveau steigt? Das ist eine zentrale Frage, mit der Wößmann sich befasst; außerdem forscht er zum Einfluss von Bildung auf Lebens- und Karriereverläufe und zuletzt verstärkt über die Rolle der öffentlichen Meinung für bildungspolitische Reformen. Wößmann ist Gründungsmitglied des „Aktionsrats Bildung“, der gerade erst sein Jahregutachten „Bildung 2030 – Veränderte Welt“ veröffentlicht hat. Seit 2006 ist Wößmann Professor für Volkswirtschaftslehre an der Ludwig-Maximilians-Universität München, zugleich leitet er das ifo-Zentrum für Bildungsökonomik.

www.cesifo.de/woessmann



Prof. Dr. Marcel Fratzscher, 46, ist seit 2013 Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) und Professor für Makroökonomie und Finanzwissenschaft an der Berliner Humboldt-Universität. Vorher arbeitete Fratzscher für die Europäische Zentralbank, zuletzt als Leiter der Abteilung für internationale wirtschaftspolitische Analysen. Nachdem sich der Volkswirt in seiner Forschung lange mit der Finanzwirtschaft, globalen Ungleichgewichten und den Übertragungsmechanismen der Finanzkrise beschäftigt hatte, wandte er sich zuletzt verstärkt der sozialen Ungleichheit zu. Sein im vergangenen Jahr erschienenes Buch „Verteilungskampf: Warum Deutschland immer ungleicher wird“ löste eine Mediendebatte aus. 2014 hatte er in „Die Deutschlandillusion“ vor einer Selbstüberschätzung der deutschen Wirtschaft gewarnt.

www.fratzscher.eu/en/cv.php

»DIE GESAMTGESELLSCHAFTLICHEN MARKTPLÄTZE WERDEN SELTENER. WIR BRAUCHEN DRINGEND SOZIALE INNOVATIONEN.«

Prof. Dr. Jutta Allmendinger

chen Orten, wir arbeiten in verschiedenen Branchen und Betrieben, und unsere Arbeitsplätze sind entweder lokal oder global ausgerichtet. Ärmer werden die Menschen insofern, als sie immer nur noch mit ihresgleichen zusammen sind, das heißt: Die gesamtgesellschaftlichen Marktplätze werden seltener. Deshalb brauchen wir hier dringend soziale Innovationen.

Sie alle drei sind hoch geachtete Wissenschaftler und zugleich extrem präsent in der Öffentlichkeit. Warum ist es Ihnen so wichtig, Ihre wissenschaftlichen Erkenntnisse in die Gesellschaft hineinzutragen?

Allmendinger: Ich bin sehr privilegiert erzogen worden. Ich denke, dass ich mit dieser Privilegierung auch eine soziale Verantwortung habe. Und der versuche ich gerecht zu werten. Es ist meine Form von Dankbarkeit, gepaart mit dem Leitsatz der Leibniz-Gemeinschaft, Theorie und Praxis miteinander zu verbinden.

Wößmann: Vielleicht kann man als Naturwissenschaftler forschen, ohne seine Ergebnisse je in der Öffentlichkeit zu diskutieren. Als Sozialwissenschaftler ist man sofort mitten in der Realität der Gesellschaft. Und dann will man zumindest das, was man denkt ein bisschen verstanden zu haben, in die öffentliche Diskussion einbringen. Das ist bei mir keine politische Mission. Ginge ich nicht in die Öffentlichkeit, wäre meine Forschung obsolet, so einfach ist das.

Fratzcher: Ich glaube, wir haben in Deutschland noch viel zu sehr dieses Elfenbeinturm-Verständnis von Wissenschaft. Viele denken, man müsse sich so weit wie möglich von der realen Welt fernhalten, um als Wissenschaftler unabhängig zu sein. In den USA und auch in Großbritannien ist das anders, dort heißt es: Damit ich relevante Forschung machen kann, muss ich wissen, was in der Welt passiert. Diese Philosophie finde ich gut. Ich will gute und relevante Forschung machen und dazu muss ich auch wissen, was die Gesellschaft bewegt.

Das Gespräch moderierten **Jan-Martin Wiarda** und DSW-Generalsekretär **Achim Meyer auf der Heyde**.

BUND-LÄNDER-SONDERPROGRAMME FÜR WISSENSCHAFT, FORSCHUNG UND BILDUNG

Programm	Laufzeit	Gesamtvolumen	Finanzschlüssel Bund / Länder	Ziel
Hochschulpakt	2007 – 2023	38,5 Mrd. €	Bund: 20,2 Mrd. Länder: 18,3 Mrd.	zusätzliche Studienplätze
Exzellenzinitiative 2007	2007 – 2017	4,6 Mrd. €	Bund: 75 % / Länder 25 %	Förderung der Spitzenforschung an den Universitäten, Verstärkung angestrebt
Qualitätspakt Lehre	2011 – 2020	2 Mrd. €	Bund: 100 %	Verbesserung der Hochschullehre Modellprojekte
Uni-Prof-Nachwuchsprogramm Tenure Track	2017 – 2023	1 Mrd. €	nur Bundesanteil / Länder sichern Gesamtfinanzierung	Förderung Professo/-rinnen- Nachwuchs an Universitäten
Innovative Hochschule	2018 – 2027	550 Mio. €	Bund: 90 % - Sitzland 10 %	Impulse zum besseren Technologietransfer, u. a. auch Hilfe für FHs
Entflechtungsmittel Hochschulbau	2007 – 2019	695 Mio. € jährlich	Bund: 100 %	Übergangshilfen nach Abschaffung Hochschulbauförderungsgesetz
Professorinnenprogramm	2008 – 2017	300 Mio. €	Bund: 50 % / Länder: 50 %	Förderungen von Frauen in Professuren Fortführung angestrebt
Offene Hochschule	2011 – 2020	250 Mio. €	Bund: 100 %	Offene Hochschule: Studienzugang für Berufstätige ohne Abitur
FH Forschungsförderung	seit 2006	Anstieg auf 55 Mio. € jährlich(2016)	Bund: 100 %	Förderung der Forschung an FH's
Lehrerbildung	2014 – 2023	500 Mio. €	Bund: 100 %	Förderung von Modellprojekten des Lehramtsstudiums
Forschung neue Bundesländer	2017 – 2019	150 Mio. €	Bund: 100 %	Innovationsförderung-Ost
Sanierung Schulbau	2015 – 2020	Gesamt rund 5 Mrd. € (Restmittel+3,5 Mrd. € neu)	Bundeszuschüsse	Sanierung maroder Schulgebäude nach GG Änderung, Art. 104c (neu) Verlängerung angestrebt
Hochschulsozialpakt	2018 – ?	2,35 Mrd. € , davon 800 Mio. € für 25.000 zusätzliche, preisgünstige Wohnheimplätze. Gesamtes Investitionsvolumen 2 Mrd. € . 650 Mio. € für die Sanierung von Wohnheimen. Gesamte Investitionsvolumen: 1,3 Mrd. € . 800 Mio. € für den Mensen - Ausbau	2,35 Mrd. € Zuschussanteil Bund und Länder	Ausbau der Wohnheim-, Mensa- und Beratungskapazitäten der Studentenwerke



Das sind die aktuellen Bund-Länder-Sonderprogramme für Wissenschaft, Forschung und Bildung.

Wir fragen uns: Wo bleibt der Hochschulsozialpakt?

Wann investieren Bund und Länder endlich auch gemeinsam in den Ausbau der Wohnheim-, Mensa- und Beratungskapazitäten der Studentenwerke?

Wo bleibt der Hochschulsozialpakt?

**5
DSW FRAGEN
AN DIE FÜNF
PARTEIEN
IM AKTUELLEN
BUNDESTAG**



FRAGE 1
Was ist Ihr vorrangiges Ziel in der Hochschulpolitik für die Jahre 2018 bis 2021?

Wir werden die Qualität der Lehre an den Hochschulen substanziell verbessern und die digitale Bildung an den Hochschulen stärker fördern. Wir werden das BAföG bedarfsgerecht anpassen und noch familienfreundlicher machen. Auch die Begabtenförderung werden wir ausbauen, sowie das Erfolgsmodell Fachhochschule und das Duale Studium.

Für uns sind die Hochschulen das Herzstück unseres Wissenschaftssystems. Autonomie, Partizipation und verlässliche Finanzen sind wichtige Rahmenbedingungen für Hochschulen, die Verantwortung übernehmen und offen sind für gesellschaftliche Entwicklungen sind. Wir werden einen Schwerpunkt auf eine bessere Grundfinanzierung setzen.

Eine auskömmliche Finanzierung guter Studienbedingungen ist unser vorrangiges Ziel. Das BAföG muss wieder zum Leben reichen. Wir wollen es zu einem Modell aus zwei Säulen ausbauen – ein Zuschuss für alle und ein Bedarfszuschuss für ärmere. Bund und Länder müssen die Infrastrukturen des Wissens mit 10 Milliarden Euro bis 2020 fördern.

Wir wollen „Gute Bildung. Für Alle“. Wir fordern eine ausreichende Finanzierung des Hochschulsystems, eine individuelle Betreuung der Studierenden, gute Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten und eine bedarfsgerechte Ausstattung mit Studienplätzen. Wir bekämpfen jede Art von Bildungsgebühren und wollen das BAföG deutlich erhöhen.

FRAGE 2
Die Studierendenzahl ist auf einem Rekordhoch und wird dies in ferner Zukunft wohl auch bleiben. Werden Sie sich für eine Verlängerung der Hochschulpakete unter Beteiligung des Bundes einsetzen?

Die jungen Menschen, die sich nach ihrem Abitur für eine akademische Ausbildung entscheiden, brauchen flächendeckend gute Studienbedingungen. Der Bund wird auch nach Auslaufen des Hochschulpaktes 2023 die Hochschulen im Rahmen seiner Zuständigkeiten finanziell unterstützen. Auch den Qualitätspakt Lehre werden wir stärken.

Mit der SPD wird sich der Bund seiner gewachsenen Verantwortung im Wissenschaftsbereich stellen. Wir wollen die Grundfinanzierung der Hochschulen stärken und die befristeten Mittel der Pakete in eine verlässliche und dauerhafte Finanzierung überführen.

Wir wollen die Finanzierung des Hochschulpaktes und des Qualitätspaktes Lehre verstetigen. Der Hochschulpaket muss deutlich aufgestockt werden, damit gute Studienbedingungen entstehen können. Auch alle die zusätzlichen Studienplätze müssen ausfinanziert werden, die zum Beispiel für geflüchtete Studienberechtigte geschaffen werden.

Wir wollen im Gegensatz zur bisherigen Kurzatmigkeit eine langfristige Beteiligung des Bundes an der Grundfinanzierung der Hochschulen: Verstetigung des Hochschulpaktes 2020, ein Programm für bessere Betreuungsrelation, Wiedereinführung der Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau, bessere Arbeitsbedingungen an der Hochschule.

FRAGE 3
Parallel zu den Hochschulpakten fordern wir einen gemeinsamen Hochschulsozialpakt von Bund und Ländern. Werden Sie dies in der kommenden Legislaturperiode im Bund unterstützen?

Obwohl die Länder für die Hochschulen zuständig sind, erfüllen sie ihre Pflichten oft nicht. Sie hätten den Spielraum dazu: Der Bund hat die Länder um Milliardenbeträge entlastet, er schafft neue Studienplätze, hat das BAföG komplett übernommen. Umso mehr müssen sich nun die Länder um die Belange der Studierenden kümmern.

Gemeinsam mit den Studierendenwerken stärken wir die sozialen Infrastrukturen. Wir wollen den Ausbau von Beratung, Betreuung – auch und gerade Kinderbetreuung – sowie Mensen fördern. Wir werden ein Sanierungs- und Neubauprogramm für studentisches Wohnen starten. Hohe Mietpreise dürfen nicht vom Studium abhalten.

Wir wollen mit 10 Milliarden Euro aus Bundesmitteln bis 2020 Bauten und Ausstattung an den Hochschulen wieder auf die Höhe der Zeit bringen: Hörsäle und Bibliotheken, digitale Infrastrukturen und die Studienplatzvergabe, Forschungsgeräte und Wohnheimplätze. Bund Länder schaffen ein Wissenschaftswunder.

Wir fordern eine „Wohnungs Offensive für Studierende“: eine Mietrechtsreform für das „Studentische Wohnen“, ein Mietmoratorium bei Studentenwohnheimen, 45.000 zusätzliche Wohnheimplätze bis 2018 über ein Bund-Länder-Programm, BAföG-Förderungssatz für Wohnen hoch auf 298 Euro und dann eine dynamische Anpassung an die Mietpreise.

FRAGE 4
Was haben Sie nach der Bundestagswahl beim BAföG vor?

Wir werden das BAföG weiterhin an die Preis- und Einkommensentwicklung anpassen, den Erfolgsbonus erhöhen und die Sozialleistung noch familienfreundlicher gestalten. Außerdem werden wir das Deutschlandstipendium und die Begabtenförderung weiter ausbauen.

Wir werden das BAföG stärker auf neue Lebenslagen ausrichten. Wir wollen höhere Einkommensgrenzen, mehr Berücksichtigung für soziales und politisches Engagement, Altersgrenzen aufheben, BAföG auch für Teilzeitstudien und Weiterbildungs-Master. Ziel: ein gemeinsames Dach „BAföG-Plus“ für die Aus- und Weiterbildungsfinanzierung.

Das BAföG ist 2017 weniger wert als 2010. Wir wollen noch vor der Bundestagswahl 2017 Verbesserungen erreichen: den Förderbetrag um 6% anheben, die Freibetragsgrenzen um 3%. Außerdem wollen wir es für die vielfältigen Lebensrealitäten und Bildungswege öffnen und mittelfristig zum Zwei-Säulen-Modell ausbauen (siehe Frage 1).

Die Bedarfssätze müssen sofort um 10% angehoben werden. Das BAföG muss zukünftig als Vollzuschuss ausgezahlt werden, ohne Darlehensanteil. Außerdem: Streichen der Altersgrenzen, Förderung auch für Teilzeit, Förderhöchstdauer nach der tatsächlichen durchschnittlichen Studiendauer. Mittelfristig eine elternunabhängige Förderung.

FRAGE 5
Warum sollten die 2,8 Millionen Studierenden Sie wählen?

Forschung und Bildung bleiben Schwerpunkte einer unionsgeführten Bundesregierung. Seit Angela Merkel Bundeskanzlerin ist, haben CDU und CSU den Hochschulpaket, für den der Bund 20 Milliarden Euro bereitstellt, den Qualitätspakt Lehre, eine große BAföG-Reform sowie eine Stärkung der Begabtenförderung durchgesetzt.

Es ist Zeit für mehr Bildungsgerechtigkeit. Wir wollen, dass es wieder auf Talent, Leistung und Engagement ankommt. Sozialdemokratische Bausteine sind: die Öffnung des Hochschulzugangs, die Gleichwertigkeit beruflicher wie akademischer Bildung, die Weiterentwicklung des BAföG, der Ausbau der sozialen Infrastrukturen.

Wir wollen unser Land ökologischer, weltoffener und gerechter machen. Wir kämpfen für Vielfalt, Offenheit, Gleichberechtigung, ein friedliches Zusammenleben, Nachhaltigkeit. Wir tolerieren keine Intoleranz. Ein Schlüssel für all das sind offene Hochschulen, mit Lehre, Forschung und Transfer, Selbstverwaltung und „Third Mission“.

Wir wollen ein Land, in dem Reichtum das ist, was allen gehört: öffentliche Bildung, Gesundheit, Kultur. In dem Wohnen für alle bezahlbar ist. Eine inklusive Gesellschaft, in der niemand ausgegrenzt wird. Wir wollen, dass alle Menschen frei von Armut sind und keine Angst vor sozialem Absturz haben.

Die Antworten der Parteien sind gekürzt, teilweise stark. Die vollständigen Antworten: www.studentenwerke.de. CDU und CSU haben gemeinsam geantwortet.

Für Studiengebühren ist nur die FDP

KARL-HEINZ REITH analysiert die Wahlprogramme der Parteien

Politiker muss man an ihren Taten messen, nicht nur an ihren Worten. Gleichwohl ist es für Studierende wie für die gesamte Wissenschaftszene sinnvoll, vor der Bundestagswahl einen Blick in die Wahlprogramme der Parteien zu werfen und Versprechungen kritisch zu hinterfragen. Spektakulär kommt die **FDP** daher. Ihr Chef Christian Lindner lächelt ernsthaft mit Studiengebühren, diesmal allerdings „nachgelagert“ - also erst nach erfolgreichem Studienabschluss zu zahlen, quasi wie eine zusätzliche Akademikersteuer in den ersten Jahren der Berufskarriere. Und das ausgerechnet von der ‚Steuersenkungspartei‘ FDP!

Lyrik und wohlklingende Worte gibt es vor der Wahl von allen Parteien: „Deutschlands Zukunft wird maßgeblich durch Bildung, Wissenschaft und Forschung bestimmt“ (CDU). Oder: „Wir wollen, dass Deutschland bei Bildung und Ausbildung wieder zu den Stärksten gehört“ (SPD). „Eine auskömmliche und nachhaltige Finanzierung guter Studienbedingungen ist unser vorrangiges Ziel“ (Grüne). „Wir wollen die Leistungsfähigkeit der Hochschulen als Zentrum des Wissenschaftssystems stärken“ (Linke). Und last but not least: „Die AfD fühlt sich dem Humboldtischen Bildungsideal verpflichtet. Die Freiheit von Forschung und Lehre sind unabdingbare Grundvoraussetzungen für wissenschaftlichen Fortschritt.“ Und nun? Alles noch nicht gewusst - oder?

Bis Redaktionsschluss dieser Ausgabe lagen zwar noch nicht alle Wahlprogramme der Parteien in ihrer Endfassung vor. Ausgewertet für diese Analyse wurden aber neben den Fragen des Deutschen Studentenwerkes (DSW) an die jeweiligen Parteizentralen verschiedene Grundsatzpapiere der Bildungspolitiker der Bundestagsfraktionen von Union, SPD und Grünen, beziehungsweise Parteitagebeschlüsse und öffentliche Verlautbarungen von FDP und AfD.

Besonders ins Auge springt dabei: Die FDP möchte es den Hochschulen künftig selbst überlassen, Studiengebühren zu erheben und dabei mit ihren Studierenden ‚Verträge‘ über bessere Lehre und Betreuung abzuschließen. Das Geld dafür soll allerdings erst „nachhaltig“ kassiert werden, also von den Absolventen nach erfolgreichem Abschluss. Mit welchen Mitteln die Hochschulen zuvor die versprochene bessere Betreuung finanzieren sollen, ist bei dem FDP-Modell völlig offen, ebenso, ob und wie weit ‚nachgelagerte‘ Ausbildungskosten später steuerlich abgeschrieben werden können. Sollen Banken den Hochschulen über Kredite den Einsatz zusätzlicher Dozenten und Tutoren vorfinanzieren? Es ist ein FDP-Vorschlag pur. Der Koalitionsvertrag von CDU und FDP in Nordrhein-Westfalen ist die erste Nagelprobe für dieses Modell.

FDP-Chef Lindner vergisst allerdings, dass erst vor einigen Jahren mehrere CDU-geführte Landesregierungen nach Einführung von Studiengebühren von Eltern wie jungen Menschen reihenweise abgewählt worden sind. Nur CSU-Chef Horst Seehofer schaffte damals noch rechtzeitig die ‚Wende‘ und strich zum Widerwillen seines damaligen FDP-Koalitionspartners Studiengebühren in Bayern freiwillig noch vor der Landtagswahl wieder aus dem Gesetz. Was die FDP auf Bundesebene zudem vergisst: Studiengebühren sind laut Urteil des Bundesverfassungsgerichtes reine Ländersache. Für die Bundestagswahl also nur eine Show-Erklärung?

Die FDP will zudem eine vom Einkommen der Eltern unabhängige Ausbildungsförderung einführen, allen Studierenden laut Parteitagebeschluss einen Zuschuss von 500 Euro zahlen. Zudem soll es ein Darlehns-

sangebot geben. „Die Refinanzierung des Zuschusses erfolgt über die Verlagerung von Steuervergünstigungen der Eltern hin zu den Schülern, Azubis und Studierenden“, heißt es in dem Beschluss.

Die Grünen wollen das BAföG „mittelfristig“ zu einem Modell mit zwei Säulen ausbauen - bestehend aus einem Studierendenzuschuss für Alle und einem Bedarfzuschuss für Studierende aus ärmeren Elternhäusern. „Das BAföG muss wieder zum Leben reichen“, heißt es bei den Grünen. Sie fordern eine Sofortanhebung der Förderung von sechs Prozent und eine Anhebung der Freibeträge um drei Prozent, „damit überhaupt wieder mehr junge Menschen BAföG bekommen können“. **Die Linke** plädiert für 10 Prozent mehr und verweist darauf, dass die Studierenden sechs Jahre auf die letzte Anhebung haben warten müssen. Zudem will sie die Wiedereinführung eines Oberstufenschüler-BAföGs für bedürftige Jugendliche, auch wenn sie noch bei ihren Eltern leben.

Die **SPD** preist sich als „die BAföG-Partei“, will die Leistungen verbessern und auch das Schüler-Bafög in den allgemeinbildenden Schulen und in den nicht-dualen Ausbildungen ausbauen. „Das Studierenden-BAföG soll durch höhere Einkommensgrenzen weiter geöffnet und modernisiert werden.“ Wie Grüne und Linke machen sich auch die Sozialdemokraten für einen Fortfall der Altersgrenzen stark.

Zugleich gehen SPD, Grüne und Linke auf die Forderung des Studentenwerkes ein, neben dem Hochschulpakt einen Sozialpakt zu stellen und mit Bundesmitteln Mensen, Wohnheime und Studienberatung auszubauen. Die Grünen wollen mit zehn Milliarden aus Bundesmitteln bis 2020 „Bauten und Ausstattung an den Hochschulen wieder auf die Höhe der Zeit bringen.“ Die SPD strebt einen „Zukunftsvertrag für Wissenschaft und Forschung“ an.

Während SPD, Grüne und Linke für eine Verstärkung und zum Teil auch Ausweitung der Hochschulpaktmittel plädieren, wird bei den Bildungspolitikern von **CDU und CSU** eine Kursänderung angestrebt. Die weitere Expansion der akademischen Ausbildung soll eher eingedämmt und die ab 2020 freiwerdenden Paktmittel in die Qualitätssteigerung von Lehre und Forschung investiert werden. Leistungen des Bundes für die Hochschulen sollen fortan „mit klaren, verbindlichen und überprüfbaren inhaltlichen Anforderungen“ verbunden werden. Um mehr Abiturienten für eine duale Ausbildung zu begeistern, hat der CDU-Bundesfachausschuss Bildung ein Konzept für eine „Höhere Berufsbildung“ entwickelt. Sie soll bei Interesse Durchlässigkeit ins Studium garantieren - wie auch umgekehrt Bachelor- und Masterabsolventen offen stehen.

Die **AfD** will zurück zu den klassischen Diplom- und Magisterabschlüssen - und bei den Lehramtsstudiengängen auch wieder Staatsexamen einführen. Die Förderung der „Gender-Forschung“ an den Hochschulen soll gestrichen werden. „Nein zu ‚Gender-Mainstreaming‘ und Frühsexualisierung“ verkündet die AfD auf ihrer Homepage unter der Überschrift „Bildungspolitik“.



DER AUTOR

Karl-Heinz Reith ist freier Journalist in Berlin



Zucchini-Bolognese, zubereitet von Peter Struensee vom Studierendenwerk Essen-Duisburg

Leichte Kost für schwereres Denken

ERNÄHRUNGSSEMINAR

Legales Hirndoping, geht das? Was Studierende im „Brain Food“-Seminar des Studierendenwerks Essen-Duisburg lernen über Ernährung und geistiger Leistungsfähigkeit.

TEXT: Heike Hucht

FOTOS: Charles Yunck

» **A**us welchen Nährstoffen besteht unser Gehirn – was denken Sie?« Seminarleiter Michael Pagelsdorf schaut in elf neugierige und nachdenkliche Gesichter. Die Power-Point-Präsentation des Ernährungswissenschaftlers erinnert stellenweise an die Quizshow „Wer wird Millionär?“. Hilfestellung geben die vor einem ultramarineblauen Hintergrund aufpoppenden Antwortoptionen von A bis D.

Allein Antwort B, nämlich Wasser und Fett, möchte niemand einloggen. In dem TV-Format mit Günther Jauch hätte man damit geradewegs die nächste Gewinnstufe erklommen – im Restaurant des Studierendenwerks Essen-Duisburg, das heute als Seminarraum dient, sorgt diese Enthüllung zunächst einmal für Erstaunen bei den elf Studierenden. Und sie zeigt, dass es gar nicht so einfach ist, unser wohl kostbarstes Organ richtig einzuschätzen: was es ausmacht und antreibt, welche Nahrungsmittel Kopf und Körper Energie schenken oder rauben.

Interaktiver Vortrag und Show-Cooking

Mit der Einschätzung, dass es mit dem Thema „Brain Food“ bei den Studierenden auf Interesse stößt, lag das Studierendenwerk Essen-Duisburg indes völlig richtig. Die Techniker Krankenkasse (TK) hat es dabei unterstützt, Form und Inhalt dafür zu entwickeln. Referent Michael Pagelsdorf, Leiter des Instituts „NutriVille“ in Kamp-Lintfort, berät sowohl Bildungseinrichtungen als auch Unternehmen und Kliniken in Gesundheitsfragen. Zusammen mit seiner Mitarbeiterin Cécile Riemer führt er durch das knapp dreistündige Programm. Ziel der Veranstaltung aus interaktivem Vortrag und Show-Cooking mit anschließender Verkostung: theoretisches Wissen mit praktischen Tipps und Erfahrungen zu unterfüttern. Die Teilnahme ist kostenlos, lediglich um eine verbindliche Anmeldung wurde gebeten. Wie die Mehrzahl der sieben Teilnehmerinnen und vier Teilnehmer ist auch Ines Nonhoff durch die Ankündigung auf der Facebook-Seite des Studierendenwerks auf den Workshop aufmerksam geworden. Warum die 25-Jährige mitmacht, obwohl sie ihr Masterstudium fast abgeschlos-



Sabina de Castro

»Wer studiert, benötigt Energie für Körper und Geist. Eine ausgewogene Ernährung kann dabei helfen. Unser Show-Cooking zum Thema Brain Food zeigt Studierenden, wie sie gesund und munter durch ihren Alltag kommen.«

Geschäftsführerin des Studierendenwerks Essen-Duisburg

sen und kaum noch an der Uni zu tun hat? „Der Titel reizt mich“, sagt die angehende Englisch- und Biologielehrerin. „Außerdem koche ich gern, interessiere mich für Ernährung ganz allgemein und bin offen für Neues.“

Kein Traubenzucker, lieber einen Apfel und ein Ei

Bei der Frage des Dozenten, welches Lebensmittel man vor einer Prüfung besser nicht essen sollte und warum, muss sie allerdings passen, wie fast alle anderen. Dass ausgerechnet Traubenzucker völlig ungeeignet ist, um ein Leistungstief nachhaltig zu überbrücken, verblüfft ebenso wie die Tatsache, dass ein Vollmilchjoghurt dem Körper bessere Dienste leistet als ein fettarmer. „Die Kombination von Fett und Eiweiß sorgt für einen stabilen Blutzuckerspiegel“, erläutert Pagelsdorf. Mit diesem simplen Fakt entzaubert er nicht nur den von der Industrie genährten Fruchtzucker-hilft-immer-Mythos. Er bringt damit auch den entscheidenden Zusammenhang zwischen Ernährung und Leistungsfähigkeit auf den Punkt: „Der Kopf arbeitet am besten, wenn der Körper ihn möglichst gleichmäßig mit Energie versorgt. Man sollte also Nahrungsmittel bevorzugen, die Langzeit statt Kurzzeitenergie liefern.“

Oder anders ausgedrückt: Die optimale Ernährung macht uns zwar nicht schlauer, aber die falsche kann unserer Lern- und Leistungsfähigkeit spürbar schaden. Ein kongeniales Snack-Gespinnst, lernen die jungen Frauen und Männer unter anderem, sind ein Apfel und ein hartgekochtes Ei. Und was ist mit Kaffee?, will ein anderer Student wissen. Der sei genauso kontraproduktiv wie Fruchtzucker, so Pagelsdorf. „Der Koffeinkick lässt den Stresshormonspiegel steigen, man wird unkonzentriert.“ Als Alternative empfiehlt er Matetee, denn bei dessen Genuss wird die belebende Wirkung des Koffeins gleichmäßig freigesetzt.

Veganes Schokomousse auf Seitanbasis

Dem ersten Theorieblock folgt ein Ausflug in die Praxis. In der Restaurantküche hat Peter Struensee, stellvertretender Küchenleiter der Hauptmensa auf dem Campus Essen, bereits vorbereitet, was er gleich vor den Studierenden zubereitet wird. Den ebenso schmackhaften wie nahrhaften Dreiklang aus Gemüse-Muffin, Zucchini-Nudeln mit Bolognese und veganer Schokomousse auf Seitanbasis haben die Ernährungsberater komponiert. „Wichtig war uns, dass die Rezepte durchaus etwas ausgefallen sind und neugierig machen. Und natürlich





Interessiert sich für Ernährung: Ines Nonhoff



sollen sie Studentenbudentauglich sein, sich leicht in den Alltag integrieren lassen.“

Noch mehr anschauliches Wissen serviert Cécile Riemer an einem reich gedeckten Tisch vor dem Seminarraum. Dort möchte sie die Studierenden insbesondere für den Zuckergehalt von Lebensmittel sensibilisieren: Wie häufig und deutlich er unterschätzt wird, welche Alternativen es gibt und warum sie viel mehr für uns tun. Dabei bricht die Ökotrophologin vor allem eine Lanze für die ballaststoffreiche Süßkartoffel und erklärt, warum Hummus ein idealer Dip ist. Ob und wie ihnen das schmeckt, können alle an Ort und Stelle probieren – sozusagen als Amuse-Gueule, als Vorgeschmack auf das gemeinsame Essen wenige Minuten später.

Fett ist nicht per se schlecht

Als Peter Struensee wissen möchte, wie Muffin und Bolognaise ankommen, wird er mit einem Feedback belohnt, das sich zwischen „Klasse!“ und „Köstlich!“ bewegt. „Schön“, murmelt er und freut sich sichtlich über das Lob. „Aber für den Einsatz in der Mensa, wo täglich bis zu 6.100 Essen über den Tresen gehen, eignen sich die Zucchini-Nudeln leider nicht“, stellt der Koch fest. Dagegen sprechen vor allem der hohe Aufwand und die geringe Standzeit. „Tatsächlich sind im Uni-Alltag Schnitzel und

Burger am meisten gefragt“, berichtet Johanne Peito, Pressesprecherin des Studierendenwerks Essen-Duisburg. „Allerdings holen vegane und vegetarische Angebote stark auf. Sie stehen inzwischen für rund 20 Prozent der Nachfrage.“

Ines Nonhoff hat es nicht nur geschmeckt, sie habe auch eine Menge gelernt, sagt sie. „Besonders hat mir gefallen, dass wir über so viele Ernährungsmythen gesprochen haben und alternative Lebensmittelempfehlungen sogar probieren konnten.“ Die interessanteste Lektion? „Bis heute dachte ich immer, Fett sei per se schlecht. Und mir war ebensowenig klar, dass Zucker eine falsche Antwort auf vermeintliche Unterzuckerungsreaktionen ist.“ Mit in den Alltag wird die Lehramtsstudentin die Anregung nehmen, wie man am besten seine Mahlzeiten zusammenstellen und worauf man dabei achten sollte. Und die nächste Anschaffung für die Küche steht auch schon fest: ein Spiralschneider – für perfekte Zucchini-Nudeln.



Peter Struensee

»So ein Seminar macht Spaß, weil man im kleinen Kreis den interessierten Studierenden mal neue Gerichte zeigen kann – auch wenn die nicht alle großküchentauglich sind.«

Stellvertretender Küchenleiter der Hauptmensa Campus Essen des Studierendenwerks Essen-Duisburg



DIE AUTORIN

Heike Hucht ist freie Journalistin in Münster. Sie schreibt vor allem über Genuss, Gastronomie und Architektur. Wenn sie sich unkonzentriert fühlt, isst sie ein paar Walnüsse und tankt frische Luft auf dem Balkon.



Auf ins Unbekannte: Studentin Miriam Neumann, 27, vor dem Improtheater-Workshop.



Seid spontan, Studis!

IMPROTHEATER

Heute auf dem Lehrplan: Spontanität, Schlagfertigkeit und der Umgang mit Fehlern. Besuch beim Improtheater-Workshop des Studentenwerks Oldenburg.

TEXT: Marie-Charlotte Maas

FOTOS: Kay Herschelmann

Miriam ist eine Bohrmaschine. Zusammen mit Thomas und Andreas steht sie in der Mitte des Raums und bewegt sich rhythmisch vor und zurück. Dabei summt sie. Als sie innehält, brechen alle um sie herum in lautes Lachen aus. Auch Trainer Stefan Heydeck ist begeistert. „Super“, ruft er und klatscht in die Hände. Dann fällt ihm noch etwas ein: „Denkt immer an euer Publikum, schaut nicht auf den Boden, dreht ihm nicht den Rücken zu. Zeigt Präsenz.“

Alle nicken, die Gruppe löst sich auf. Miriam Neumann ist jetzt keine Bohrmaschine mehr, sondern wieder die 27-jährige Studentin der Nachhaltigkeitsökonomik, eingeschrieben an der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg.

„Jeder kann Impro“

Die gerade gespielte Übung gehört zum Workshop „Shut up and listen“; er fand an einem Wochenende im März 2017 in der niedersächsischen Universitätsstadt Oldenburg statt, im Rahmen des einwöchigen Improtheaterfestivals „SpontanOL“, organisiert vom Studentenwerk Oldenburg.



Jürgen Boese

»Das Spielen lehrt einen, gelassener mit Fehlern umzugehen und spontaner zu sein.«

Kulturreferent des
Studentenwerks Oldenburg

Sechs Frauen und sechs Männer sind gekommen, um gemeinsam die Kunst des Improvisationstheaters zu erlernen. Darunter: drei Studierende, ein Englischlehrer im Ruhestand, ein Ingenieur, ein Schüler, eine Grundschullehrerin, eine Kommunikationsmanagerin, ein Vertriebsexperte. Manche von ihnen sind erfahren, manche ganz neu auf dem Gebiet, einige wirken eher zurückhaltend, andere so, als würden sie sich ohne Zögern zutrauen, vor einem großen Publikum auf der Bühne aufzutreten. Eine bunt gemischte Gruppe also, und genau das, so Lehrer Stefan Heydeck, mache auch den Charme des Ganzen aus. „Jeder kann Impro“, so seine Überzeugung.

Improvisieren hilft auch im Studium

Das glaubt auch Jürgen Boese. Er leitet das Kulturbüro des Studentenwerks Oldenburg und ist der Kopf hinter „SpontanOL“. Vor drei Jahren rief er, der selbst ein passionierter Improtheater-Spieler ist und als Mitglied

die Workshops sind gut besucht. Jedes Jahr gibt es mehr Interessenten als Plätze. „Die Workshops sind offen für alle, wir haben Teilnehmer aus fast allen Bundesländern, und sogar aus Österreich und der Schweiz sind Leute dabei.“ Vor allem für Studierende sei ein Besuch der Workshops spannend, sagt Jürgen Boese. „Vieles, was man dort lernt, hilft auch bei Seminaren und Vorlesungen weiter: Das Arbeiten im Team, das Finden kreativer Lösungen, die Fähigkeit sich - unvorbereitet - auf etwas Neues einzulassen, das freie Sprechen vor Leuten.“

Weniger nervös beim Vortrag

Zurück im Unterrichtsraum ist die Gruppe von Stefan Heydeck bereits zur nächsten Übung übergegangen. Physik-Student Thomas Heiser steht in einer Ecke, die anderen Teilnehmer haben sich in einem Halbkreis um ihn herum gruppiert. Nacheinander werfen sie ihm in rasender Geschwindigkeit Begriffe zu: Strand, Vogel, Universität, Handschuh, Gießkanne, Schönheit. Ebenso



blitzschnell muss Thomas darauf reagieren und laut ein Wort sagen, das ihm spontan dazu einfällt: Sonne, Himmel, Vorlesung, Winter, Blume, Operation. Dann tauscht er seinen Platz mit dem nächsten. Nach zwölf Runden sind alle erschöpft, denn dieses Assoziationsspiel - ein Klassiker in Improtheater-Schulungen - erfordert höchste Konzentration.

Zeit also für einen Kaffee und ein paar Süßigkeiten - und für einen Austausch unter Impro-Fans. Was hat die

verschiedener Ensembles bereits weltweit Auftritte hatte, die Veranstaltung ins Leben. Dazu gehören nicht nur die Workshops, sondern auch Abendveranstaltungen, bei denen Gruppen aus ganz Deutschland auf der Bühne stehen sowie Aftershowpartys in Oldenburger Clubs. „Das Schöne am Improtheater ist, dass es sich für jeden eignet, sowohl was Spieler als auch Zuschauer angeht - unabhängig von Alter, Lebensumständen und Geschlecht“, sagt der 34-Jährige.

Die Zahlen geben ihm Recht. In diesem Jahr kann Jürgen Boese einen Rekord von 800 Besucherinnen und Besuchern verkünden, die im Laufe der Woche sechs verschiedene Aufführungen angesehen haben, und auch

Kein Drehbuch, keine Probe, Ursprung: studentisch

Improvisationstheater, meist kurz Improtheater genannt, ist eine Form des Theaters, bei der es weder Probe noch Drehbuch gibt. Die auf der Bühne gezeigte Show wird ohne geschriebenen Dialog und ohne vorab abgestimmte Handlung dargestellt. Thema und Entwicklung der Inhalte darf das Publikum vorgeben. Dessen Vorschläge sind Auslöser und Leitfaden für die daraufhin spontan entstehenden Szenen. Häufig werden die Spieler durch einen - oft ebenfalls improvisierenden - Musiker begleitet. Die früheste Improvisationstheatergruppe im heutigen Sinne war die studentische Schauspielgruppe „The Compass“ im Jahre 1955 in Chicago.

zwölf Teilnehmer zu diesem Wochenend-Seminar getrieben? Schnell wird deutlich: In erster Linie der Spaß, denn Impro mache definitiv süchtig, da sind sich alle Spieler einig. Die positiven Nebeneffekte jedoch seien auch nicht zu verachten. Für Pädagogikstudentin Mareike Zedler wirkt das Hobby, das sie mittlerweile seit einigen Jahren be-



treibt, sogar persönlichkeitsverändernd: „Ich bin eigentlich eher ein schüchterer Typ und wollte mich mit dem Improtheater selbst herausfordern, wollte prüfen, wie weit ich mich entwickeln kann.“ Mit Erfolg: „Ich habe gelernt, mich auf mich selbst zu verlassen und auch dann weiterzumachen, wenn es mal nicht so läuft wie geplant. Bei Vorträgen an der Uni bin ich dementsprechend heute weniger nervös, weil ich durch das Improtheater weiß: Irgendwie geht es immer weiter.“

Auch bei Airbus, Lufthansa & Co.

Auch diejenigen, die die Hochschule bereits hinter sich gelassen haben und im Berufsleben stehen, geben Mareike recht, was die positiven Auswirkungen des Improtheater-Spielens angeht. „Man wird achtsamer gegenüber Kunden und Kollegen, erkennt Nuancen in der Mimik und Gestik des Gegenübers und lernt so andere besser einzuschätzen“, sagt Vertriebsexperte Andreas, und Marketingmanagerin Katharina ergänzt: „Seit ich Erfahrungen mit dem Improtheater gesammelt habe,

traue ich mich viel stärker meine eigenen Ideen zu vertreten. Ich bin mutiger geworden und äußere meine Meinung gegenüber Kollegen offener.“

Kein Wunder, dass das Improtheater häufig auch als Coachingelement im Beruf eingesetzt wird. Immer mehr Chefs und Personalverantwortliche laden Trainer wie Stefan Heydeck ein, um ihre Angestellten zu schulen. Der Norddeutsche und seine Kollegen von der Hamburger Impro-Gruppe „Steife Brise“ haben schon Angestellte von großen Unternehmen wie Airbus, Deutsche Post und Lufthansa unterrichtet.

Jürgen Boese hört so etwas gerne, es zeigt ihm, dass er mit der Idee des einwöchigen Festivals voll ins Schwarze getroffen hat. Am Tag nach der Abschlussveranstaltung der 2017er Auflage hat er bereits mit der Organisation für das kommende Jahr begonnen. Nach dem Impro-Festival ist vor dem Impro-Festival, und die Liste mit den potenziellen Workshop-Teilnehmer/-innen und auftrittswilligen Ensembles wächst und wächst.



Ted Thurner

»Die Idee des Improtheaterfestivals hat mich von Anfang an begeistert, weil unsere Studierenden sich auf zweierlei Weise beteiligen können: als aktive Teilnehmer in den Workshops oder einfach als Zuschauer bei den Aufführungen.«

Geschäftsführer des Studentenwerks Oldenburg



DIE AUTORIN

Marie-Charlotte Maas ist freie Journalistin aus Köln. Im Workshop kam sie zum ersten Mal in Kontakt mit Improtheater – aber bestimmt nicht zum letzten Mal.

Fotos: Kay Hirschmann | Katrin Meißner | Studentenwerk Oldenburg



Universität in Hagen

ADA PELLERT

Lebenslanges Lernen ist für die Rektorin der Fernuniversität in Hagen kein Schlagwort, sondern Strategie und täglich Brot. Wird in Hagen die Zukunft der Hochschuldidaktik entwickelt? Ein Werkstattbesuch.

TEXT: Armin Himmelrath FOTOS: Kay Herschelmann

Die Zukunftsmacherin

Die Findungskommission hatte leichtes Spiel. Als im Jahr 2015 ein Nachfolger für Helmut Hoyer gesucht wurde, den langjährigen Rektor der Fernuniversität Hagen, und erste Kontakte zu Ada Pellert geknüpft wurden, war schnell klar: Diese Wissenschaftlerin hat ernsthaftes Interesse.

Sie sitzt in ihrem Büro, lässt ihren Blick aus dem Fenster über den Campus in Hagen wandern. „Lebenslanges Lernen ist meine Leidenschaft“, sagt Ada Pellert, „da war die Fernuni von ihrer Mission her natürlich eine hochspannende Geschichte für mich.“ Das Interesse und die Faszination wurden noch größer, als sie die Hochschule näher kennenlernte. Seit März 2016 steht sie nun an der Spitze der größten deutschen Universität, und dass sie den Job als Rektorin hier an Hagen mit Leidenschaft macht, glaubt man ihr sofort. Die Frau hat Energie, ist ständig in Bewegung, führt Gedanken weiter, entwickelt aus dem Stand neue Konzepte. Eine Macherin, die von sich selbst sagt: „Ich verändere gerne“. Stillstand, das wird schnell klar, ist für sie eine Herausforderung.

Gleichzeitig aber ist sie schon lange genug im Wissenschaftsbetrieb, um zu wissen: Ungeduld muss man zügeln, gerade in großen Einrichtungen - sonst scheitert der Wandel. „Mir ist es wichtig, dass Veränderung auch in einer Geschwindigkeit erfolgt, in der die Menschen mitgehen können“, sagt Ada Pellert. Das komme ihrem Bedürfnis entgegen, mit anderen zusammen zu arbeiten, „und das geht an der Uni zum Glück auch gar nicht anders.“ Ein Ziel hat sie nach dem ersten Jahr im Amt fest im Blick: Die Fernuniversität kann aus Pellerts Sicht an nationaler Sichtbarkeit gewinnen.

Ada Pellert über ...

... das Fernstudium: Die meisten Menschen denken beim Lernen unmittelbar an eine Präsenzsituation. Wir stehen vor der spannenden Frage: Wie organisiere ich Lernen, wenn die Studierenden nicht zwangsläufig vor mir sitzen? Das zwingt uns, noch einmal ganz genau nachzudenken - über die Medien, über die Organisation eines Studiums und über die Didaktik. Klar ist: Zur reinen Informationsübermittlung müssen wir uns nicht mehr treffen. Wir zeigen, wie es auch anders geht, als mit 700 Menschen in einem Hörsaal zu sitzen und einem Einzigen zuzuhören.

... Studiengebühren: Das Thema Bildungsfinanzierung ist enorm wichtig. Aber alles auf Gebühren zu schieben, wäre zu kurz gesprungen. Die entscheidende Frage ist für mich: Wie kann man öffentlich lebenslanges Lernen unterstützen? Lebenslanges Lernen ist ein öffentlicher Auftrag, und ich halte nichts davon, das nur der Privatinitiative zu überlassen. Das aber ist leider in vielen Bereichen in Moment der Fall: Bis zum Alter von 25 werde ich noch gut durch das öffentliche Bildungssystem unterstützt, das Studium ist gratis. Aber was dann zwischen 25 und 70 passiert, ist eigentlich nur noch ein Privatthema. Vielleicht habe ich ja einen Arbeitgeber, der mich unterstützt - aber ganz ehrlich: Das ist doch noch kein überzeugendes bildungspolitisches Konzept für lebenslanges Lernen.

... Digitalisierung: Die Digitalisierung der Hochschullehre ist Teil eines Dreiklangs - zusammen mit den Themen lebenslanges Lernen und Diversität. Das sind derzeit die zentralen Momente der Hochschulentwicklung. Sie sind eng miteinander verbunden, weil sie die gleichen Anforderungen an eine Universität und an die Lehrenden stellen. Zu genau dieser Frage - was heißt lebenslanges Lernen, Diversität und Digitalisierung für die Hochschulbildung? - entsteht bei uns gerade ein angewandter Forschungsschwerpunkt. Wir haben hier in Hagen ja gewissermaßen den Vorteil, dass wir dazu Feldversuche mit großen Kohorten machen können, und deshalb wird uns dieses Thema in den kommenden Jahren stark beschäftigen. Wie übrigens auch die Frage der Barrierefreiheit unserer Angebote.

... BAföG: Das ist für unsere Studierenden nicht unproblematisch, weil das BAföG bisher von einem Normstudenten ausgeht, den es bei uns mehrheitlich gar nicht gibt. Im Bereich der Studienfinanzierung denken wir hochschulpolitisch immer noch zu stark in den Kategorien Ausbildung und Vollzeit. Hier sehe ich eine wichtige Aufgabe für die Studentenwerke: zu schauen, wer die Studierenden heute sind. Wie sie leben, wie sie sich finanzieren, in welchem Umfang sie zum Beispiel berufstätig sind. Und diese notwendige Anpassung muss auch in anderen Bereichen geleistet werden, etwa bei den europäischen Mobilitätsprogrammen - die passen einfach nicht für unsere Studierenden. Die gehen nicht ein halbes Jahr ins Ausland! Und trotzdem würde ich mir wünschen, dass auch sie unterstützt werden, um internationale Erfahrungen zu machen



Dabei prägen, vielleicht noch mehr als an anderen Unis, die Studierenden die Hochschule. Denn sie sind, anders als ihre Kommiliton/-innen an Präsenzunis, älter, in Alltag und Beruf verwurzelter, häufig mit mehr Lebenserfahrung. „Wir müssen immer wieder überlegen: Wie erreichen wir die?“, sagt Ada Pellert, „die stehen ja mitten im Leben und kombinieren alles Mögliche mit einem Studium bei uns.“ Die Idee vom orts- und zeitunabhängigen Studium sei da gleichermaßen aktuelle Herausforderung und Ausgangspunkt einer neuen, hochschuldidaktischen Digitalisierungsdebatte.

Und in dieser Debatte, sagt Pellert, müsse man die Studierenden ernst nehmen. „Junge Menschen bringen heute eine Menge an Kompetenzen mit, die ich im gleichen Alter noch nicht hatte – dafür ist vielleicht die Rechtschreibung nicht ganz so gefestigt“, wägt die Rektorin ab. Aber genau damit müsse man eben umgehen und darauf aufbauen: „Gute Bildungseinrichtungen reagieren auf die vorhandenen Kompetenzen und entwickeln sie weiter.“ An diesem Punkt lässt sie keinen Zweifel: Ja, auch die Fernuniversität in Hagen soll und wird zu diesen guten Bildungseinrichtungen gehören. Es passt, dass der Stifterverband für die deutsche Wissenschaft die Hagener Rektorin als „Zukunftsmacherin“ feierte.

Tatsächlich ist sie, nicht nur als Frau an der Spitze einer Hochschule, noch eher die Ausnahme unter den deutschen Rektoren und Präsidenten. Die beruhigen sich angesichts der Energie im Westfälischen manchmal hinter vorgehaltener Hand mit dem Hinweis, das sei ja „nur“ die Fernuniversität, die Pellert leite. Doch hinter solchen Sprüchen steckt Respekt – und ein wenig auch die Sorge, dass die Fernuni in Sachen digital gestützte Hochschullehre meilenweit davonziehen könnte. Der Hagener Online-Campus jedenfalls mit seinen synchronen und asynchronen Videos und den virtuellen Seminaren ist durchaus so etwas wie ein Schaufenster in die Hochschulzukunft. „Es geht uns nicht um technische Begeisterung, sondern um sinnvoll Machbares“, sagt Ada Pellert. „Was macht gutes Lernen aus?“

Eine abschließende Antwort auf diese Frage hat sie selbst noch nicht, doch zusammen mit den Kolleginnen und Kollegen in Hagen tastet sie sich heran. Es gibt einen eigenen Prorektor für Digitalisierung und Internationalisierung, Diversität ist ebenfalls ein ganz wichtiges Thema im Rektorat. „Wir versuchen, flächendeckend Anreize für Neues zu setzen und Dinge auszuprobieren“, sagt Pellert. Aktuelle Herausforderung: „Wir brauchen mehr Audiovisuelles. Da gab es schon einmal eine Phase mit dem Telekolleg im Fernsehen, als wir in diesem Bereich sehr stark waren. Da würde ich gerne nachlegen.“ Einfach schon deshalb, um den Sehgewohnheiten der Studierenden zu folgen.

”

Für unsere Mission lebenslanges Lernen sind die Rahmenbedingungen nicht so gut.

Dass sie dabei mit vergleichsweise mageren Ressourcen auskommen muss, nimmt die Organisationsspezialistin eher als Ansporn. 85 Professorinnen und Professoren gibt es an der Fernuni – für 75.000 Studierende. Dazu komme noch ein relativ großer Mittelbau; das sei die Grundsituation, von der aus die Hochschule weiter entwickelt werde. Gute Lehre, sagt Pellert, habe viel mit der Professionalisierung der – digitalen – Hochschuldidaktik zu tun. „Es muss auch in diesem Bereich gute Karriereperspektiven geben.“ Mehr Unterstützung aus der Politik wäre ihr da sehr willkommen.

Wie diese Unterstützung aussehen könnte? „Wir brauchen Exzellenz im Hochschulsystem in unterschiedlichen Profilen“, sagt die Rektorin, „der Exzellenzwettbewerb hat die Spitzenforschung gefördert, das Programm ‚Qualität der Lehre‘ für eine bessere Reputation in diesem Bereich gesorgt. Für unsere Mission lebenslanges Lernen sind die Rahmenbedingungen allerdings noch nicht so gut“ – weil die hochschulpolitischen Strukturen bisher auf den Fulltime-Norm-Studenten in Präsenzveranstaltungen zugeschnitten seien. Von diesem überholten Bild, sagt Pellert, leite sich alles ab: die Lehrverpflichtung, die Erfolgsmessung, die Koppelung der Finanzierung an erfolgreiche Studienabschlüsse. „Wir haben hier aber ganz viele Studierende, die holen sich nur Teile eines Studiums. Das sind keine Abbrecher, die sind auch ohne Abschluss glücklich!“ Da will sie ran, das muss sie ändern.

Hochschulentwicklung, sagt Ada Pellert, sei dabei so etwas wie der Versuch einer gesteuerten Evolution. „Per Ordre de Mufti geht gar nichts“, weiß die Rektorin. Viel wichtiger sei die intrinsische Motivation – die nicht nur bei den Hagener Studierenden, sondern auch beim Personal der Fernuni außerordentlich hoch sei. „Mich würde es einfach freuen, wenn das akademische Leben hier in Hagen noch ein wenig spürbarer wird“, sagt sie und blickt noch einmal auf den Campus. Und dann, nach einer kleinen Pause: „Ich bin Wienerin, die Lebenslust kommt mir nicht abhanden. Es ist wichtig, dass wir hier in Hagen auch mal ein Glas Wein miteinander trinken und informell ins Gespräch kommen.“

Ihre Mission wird sie trotzdem nicht vergessen.

ZUR PERSON

Prof. Dr. Ada Pellert wurde 1962 in Wien geboren. An der dortigen Wirtschaftsuniversität studierte sie Betriebswirtschaftslehre, promovierte 1987 und habilitierte sich 1998 im Fach Organisationsentwicklung an der Universität Klagenfurt. Die Organisationen, die sie schon damals besonders interessierten: Bildungs- und Wissenschaftseinrichtungen. Schnell stieg sie in führende Positionen auf: Als Vizerektorin in Graz (1999-2003) und an der Donau-Universität Krems (2005-2008). 2009 ging sie als Präsidentin und Lehrstuhlinhaberin für Organisationsentwicklung und Bildungsmanagement nach Berlin an die Deutsche Universität für Weiterbildung in Berlin. Seit März 2016 ist Ada Pellert Rektorin der Fernuniversität in Hagen.

www.fernuni-hagen.de/universitaet/leitung-gremien-verwaltung/rektorin_pellert.shtml



DER AUTOR

Armin Himmelrath ist freier Bildungsjournalist in Köln.

Bedenkenträger erreichen keine Ziele



IN EIGENER SACHE

Die Studentenwerke arbeiten dann am besten, wenn der Staat ihnen größtmögliche Autonomie lässt. Aber sie müssen diese Autonomie auch nutzen wollen. Ein Lehrstück aus Nordrhein-Westfalen von **Fritz Berger**.

Geht es Ihnen auch so wie mir?“, fragte der Rektor der Sporthochschule Köln im Jahre 1987 die anwesenden Geschäftsführer der nordrhein-westfälischen Studentenwerke. „Denken Sie auch einen großen Teil des Tages darüber nach, wie Sie die vielen, Ihnen vom Gesetz oder dem Ministerium auferlegten Regeln einigermaßen elegant umgehen können, damit Sie die Ihnen anvertraute Einrichtung voranbringen?“.

Ich war damals erst ein paar Monate Geschäftsführer des Hochschul-Sozialwerks Wuppertal- und war schockiert. Wo war ich hier gelandet? Unter Rechtsbrechern in Nadelstreifen?



Schränkt man die Autonomie der Studentenwerke wieder ein, so ist das Misstrauen

Nach ein paar Monaten begriff ich, was gemeint war. Das Land Nordrhein-Westfalen steuerte damals sowohl Hochschulen als auch Studentenwerke durch eine strenge Fachaufsicht. Einschlägige Gesetze und Verordnungen wurden zusätzlich noch einmal „nachjustiert“ – durch ein engmaschiges Netz von Erlassen.

Die Folge: Gestaltungsspielräume vor Ort musste man mit der Lupe suchen. Gute Ideen wurden zwar auch damals schon entwickelt, aber vor der Umsetzung stand immer die Frage: „Dürfen wir das überhaupt?“

Schon 1994 schaffte der Landtag in Nordrhein-Westfalen dieses System ab. Aus gutem Grund: Es war weder „sparsam“ im Sinne des Haushaltsrechts, noch „wirtschaftlich“ im Sinne des Studentenwerksgesetzes.

Auf die strenge Fachaufsicht zu verzichten und sich auf eine bloße Rechtsaufsicht zu beschränken, das machte das nordrhein-westfälische Wissenschaftsministerium nicht freiwillig. Das Land war hoch verschuldet. Es konnte und wollte die wachsenden Zuschüsse an die Studentenwerke nicht mehr aufbringen. Um die Leistungen der Studentenwerke zu verbessern und gleichzeitig Haushaltsmittel einzusparen, gab es nur eine Möglichkeit: weitgehende Autonomie für die Studentenwerke! Der vom Land gesetzte Handlungsrahmen musste erweitert und ein Paradigmen-Wechsel eingeleitet werden: weg von der vorrangigen Fragestellung „Dürfen wir das überhaupt?“, hin zu der Frage: „Dient es der Zielerreichung?“

Das hieß konkret: Abkopplung vom Landeshausrecht; alle wichtigen Entscheidungen über Wirtschaftsplan, Stellen, Investitionen, Wohnheim-Mieten, Mensapreise und die Sozialbeiträge der Studierenden können seit-

dem vor Ort getroffen werden - sind aber auch hier zu verantworten.

Diese Grundentscheidung des Landes war goldrichtig. Andere Bundesländer folgten dieser Entwicklung, in mal stärkerer, mal schwächerer Ausprägung. Auch einzelne, vorübergehende lokale Fehlentwicklungen sprechen nicht dagegen.

Die NRW-Studentenwerke wurden dadurch kreativer, moderner, kundenorientierter und leistungsfähiger. Der Landeszuschuss sank teilweise auf weniger als 15 Prozent. Grob gesagt refinanzieren sich die Studentenwerke inzwischen zu etwa 85 Prozent aus studentischen Mitteln, eine für öffentliche Anstalten ungewöhnlich hohe und sicherlich bereits kritische Quote.

Etwa ein Jahrzehnt später erhielten - in fast allen Bundesländern - auch die Hochschulen mehr Autonomie. „Hochschul-Freiheits-Gesetz“ hieß der Slogan in Nordrhein-Westfalen. Ursprünglich gekoppelt an das Konzept der Studiengebühren (die dann wieder abgeschafft wurden), erhielten die Hochschulen eine eigene Rechtskörperschaft, eine klarere Führungsstruktur und eine Reihe von Gestaltungsmöglichkeiten. Auch hier hatte man erkannt, dass Lehre und Forschung allzu oft nicht gedeihen und international konkurrenzfähig sein können, wenn die maßgeblichen Entscheidungen nicht vor Ort, sondern im fernen Ministerium getroffen werden. Obwohl diese Entwicklung hin zu optimaler Autonomie weder bei den Studentenwerken und schon gar nicht bei den Hochschulen als abgeschlossen bezeichnet werden kann, ist bereits eine gegenläufige, eher rückwärtsgewandte Entwicklung zu beklagen.

Und zwar auf zwei Ebenen: der Ebene von Politik und Gesetzgebung, aber auch der Umsetzung vor Ort. Ähnlich dem „Pilgerschritt“ der Echternacher Springprozession scheint es nach den zwei Schritten voran vielerorts nun wieder einen Schritt zurück zu gehen.

Natürlich ist es das gute Recht des Gesetzgebers, ein Gesetz zu evaluieren und Korrekturen vorzunehmen. Bei der Einräumung von mehr Autonomie handelt es sich aber um eine Grundentscheidung, die nicht zuletzt von Vertrauen geprägt ist. Vertrauen in die Einsicht, dass die Entscheider vor Ort es im Zweifel besser wissen - und dass sie sich ja schließlich auch vor Ort verantworten müssen. Schränkt man diese Autonomie wieder ein, so ist das eine Maßnahme, die von Misstrauen geprägt ist. Misstrauen ist aber kein guter Rahmen für erfolgreiches Handeln.

Wir Studentenwerke haben allerdings auch Anlass, uns an die eigene Nase zu fassen. Spielräume, die der Gesetzgeber den örtlichen Organen einräumt, dürfen und müssen auch verantwortungsvoll genutzt werden. In letzter Zeit gewinne ich mehr und mehr den Eindruck, dass ein neuer „Sankt Bürokratius“ Einzug hält.

In mancher Behörde, Hochschulverwaltung, Liegenschaftsbetrieb und durchaus auch manchem Studentenwerk greift ein neuer Zeitgeist um sich, den man so



Es greift ein neuer Zeitgeist um sich: exzessive Regelorientierung gepaart mit minimaler Zielorientierung

beschreiben kann: exzessive Regelorientierung gepaart mit minimaler Zielorientierung“.

Selbstverständlich ist die Führung einer öffentlichen Einrichtung nicht denkbar ohne die Beachtung rechtlicher Rahmenbedingungen. Jedoch darf die Erreichung der - ja ebenfalls vom Gesetzgeber - gesetzten Ziele dabei nicht ins Hintertreffen geraten. Der eingeräumte größere Handlungsspielraum muss auch genutzt werden. Der eingangs zitierte Rektor steckt heutzutage nicht mehr in der Zwickmühle, nur über den Weg der Umgehung von Vorschriften seine Hochschule voranbringen zu können.

Wie kommt es aber zu exzessiver Regelorientierung und minimaler Zielorientierung?

Die Antwort ist vielschichtig. Aber der Dreh- und Angelpunkt ist „gute Unternehmensführung in öffentlichen Einrichtungen“. Damit meine ich allerdings nicht zwar äußerst modische, aber nur wenig zielführende Instrumente wie den „Public Corporate Governance Kodex“. Vielmehr fehlt es allenthalben an Mut, unternehmerische Entscheidungen zu treffen - und Verantwortung zu übernehmen.

Das muss bei der Leitung beginnen. Lasse ich meinen Mitarbeitern genügend Handlungsspielraum? Wie gehe ich intern mit schlechten Nachrichten um? Bin ich Coach und Mentor? Oder fordere ich immer und überall absolute Sicherheit? Dann muss ich mich nicht wundern, wenn selbst Führungskräfte keine Verantwortung übernehmen. Und nur über sich hinauswachsen, wenn es darum geht, vermeintlich einschlägige Vorschriften und Bedenken zu präsentieren. Manchen gelingt auf diese Weise gar der Aufstieg vom Bedenkenträger zum Hauptbedenkenträger.

Will ich solche Mitarbeiter? Welche Bewerber stelle ich ein? Nur die mit guten Noten, wie im öffentlichen Dienst üblich? Dabei kommt es bei Führungsaufgaben auf allen Ebenen entscheidend auf intrinsische Motivation und Sozialkompetenz an.

Denn: Hauptbedenkenträger erreichen keine Ziele. Allerdings ist ihnen das auch egal.



DER AUTOR

Fritz Berger, 61, ist Jurist und seit 30 Jahren Geschäftsführer des Hochschul-Sozialwerks Wuppertal. Er ist damit der dienstälteste Geschäftsführer im Verband der Studentenwerke



”

**DASS MÄNNER
TECHNIK STUDIEREN,
IST KEIN
NATURGESETZ**

13 Fragen an ...

REINHARD HÜTTL

Vizepräsident acatech, Deutsche Akademie der Technikwissenschaften

1 Herr Hüttl, Sie waren Professor auf Hawaii, ehe Sie nach Brandenburg kamen. Ein ziemlicher Kontrast.

Nicht für einen Geowissenschaftler. An der TU Cottbus habe ich mich damit beschäftigt, wie man in den Bergbaurevieren wieder ein Ökosystem aufbaut. Da kann man von den hawaiianischen Vulkanlandschaften lernen. Auch da beginnt die Natur bei Null.

2 Es heißt, Sie hätten von Hawaii Ihre Gelassenheit mitgebracht.

Gelassen war ich schon vorher. Aber das Meer, die Inseln, das Klima - das hat diese Eigenschaft sicher befördert.

3 In Zeiten des „Postfaktischen“ wird Forschung offen angefeindet. Ist Gelassenheit da noch richtig?

Das irritiert mich, aber ich halte es wie ein guter Arzt: Vor einer Therapie braucht es die richtige Diagnose.

4 Die wäre?

Ich glaube, dass die Wissenschaft ihren Teil zum Vertrauensverlust beigetragen hat. Es wurden immer wieder Durchbrüche verkündet, die keine waren, etwa in der Krebsforschung.

5 Sie beschäftigen sich mit der Wissenschaftskommunikation, zuletzt mit der Rolle der sozialen Medien. Muss die Forschung zurüchtwintern?

Wir müssen zumindest deutlicher machen, wie Wissenschaft arbeitet. Und wir müssen auch klarer zeigen, wo Unsicherheiten existieren, wo Wissen noch im Entstehen ist.

6 Sollten die Akademien PR betreiben - oder der einzelne Forscher?

Wir wollen niemandem den Mund verbieten. Die Frage ist: Braucht es nicht eine Qualitätssicherung? Bevor

eine Studie in einer Fachzeitschrift erscheint, schauen zunächst andere Forscher als Gutachter darauf. Vielleicht kann man von diesem ‚Peer Review‘ in der Wissenschaftskommunikation lernen. Auch wenn soziale Medien die Kommunikation beschleunigen: Qualität muss weiter vor Geschwindigkeit gehen.

7 Die acatech will die Politik beraten. Wie politisch sind die Technikwissenschaften?

Nicht politischer als andere Disziplinen. Aber nehmen Sie die Energiewende: Wer aus der Kernenergie aussteigt, braucht Alternativen. Darüber nachzudenken und zu forschen, ist die Aufgabe der Technikwissenschaften.

8 Wären Forscher die besseren Politiker?

Auf keinen Fall. Ich wünsche mir zwar, dass die Politik wissenschaftlich informiert entscheidet. Aber die Wissenschaft ist nur eine von vielen Sichtweisen auf die Welt. Stimmungen, Ängste, kulturelle Kontexte - auch so etwas spielt bei politischen Entscheidungen eine Rolle.

9 Finden Sie genug Gehör?

Wir fühlen uns inzwischen gut wahrgenommen.

10 Bei acatech wirken Wirtschaftsvertreter mit. Sind Sie eine Industrielobby?

Nein. Wenn sich eine Akademie so wie wir mit angewandter Forschung beschäftigt, braucht sie auch den Kontakt zu den Anwendern. Unsere Projekte werden jedoch ausnahmslos von namhaften Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern geleitet und folgen strengen Richtlinien.

11 Ein Thema bei acatech sind die hohen Abbrecherzahlen in Technikfächern. Da könnten Sie einigen Kollegen die Leviden lesen.

So würde ich es nicht formulieren. Aber das Selbstverständnis manch eines Professors in der Lehre trägt sicher zu den Abbruchquoten bei. Wir als Akademie werden kritische Hinweise in die eigenen Reihen geben.

12 Warum sind Technikfächer eine Männerdomäne?

Das ist kein Naturgesetz und ändert sich auch bei uns. Im Iran studieren sogar mehr Frauen als Männer Ingenieurwissenschaften. Mit gutem Mentoring könnten wir auch in Deutschland viel erreichen.

13 Sie sind Wissenschaftler und bekennender Christ. Ein Widerspruch?

Überhaupt nicht. Es fällt sogar leichter zu verstehen, dass es noch andere Sichtweisen gibt, die Entscheidungen in der Gesellschaft prägen.

Die 13 Fragen stellte **Bernd Kramer**, freier Journalist in Hamburg. Er wird nun regelmäßig für diese Rubrik die Fragen stellen.

ZUR PERSON

Prof. Dr. Reinhard Hüttl, 60, ist eines der prominentesten Gesichter der Akademie für Technikwissenschaften, kurz acatech, „Die Stimme der Technikwissenschaften“. Von September 2008 bis zum Februar 2017 war Hüttl einer der beiden Präsidenten der Akademie. Zuvor war er ihr Vizepräsident - ein Posten, den er nun nach zwei Amtszeiten an der Spitze wieder bekleidet. Hüttl hat Forst- und Bodenwissenschaften an der Universität Freiburg studiert und sich einen Namen als Forscher, aber auch als Wissenschaftsmanager und in der Politikberatung gemacht. Von 2000 bis 2006 war er Mitglied des Wissenschaftsrats. Seit 2007 leitet er das zur Helmholtz-Gemeinschaft gehörende Deutsche Geoforschungszentrum in Potsdam.

www.gfz-potsdam.de/zentrum/ueber-uns/struktur/vorstand/mitarbeiter-wv/profil/reinhard-huettl/

Die Welt anschauen

Wenn der Berg nicht zum Propheten kommt, geht der Prophet zum Berg. Ich meine die vielbemühte Internationalisierung unseres Hochschulsystems. Sie ist in aller Munde. Bund und Länder haben über ihre Gemeinsame Wissenschaftskonferenz, übrigens weitgehend unbemerkt von der Öffentlichkeit, schon im Jahr 2013 eine gemeinsame Internationalisierungsstrategie beschlossen. Der Deutsche Akademische Austauschdienst (DAAD) will, dass 50 Prozent der inländischen Studierenden Ausländerfahrten sammeln. Nun hat die Hochschulrektorenkonferenz (HRK) nachgelegt: Die „internationale Dimension“ soll in allen Curricula verankert werden. O-Ton: „Allen Studierenden sollten auch an ihrem deutschen Studienort interkulturelles Verständnis und globale Perspektiven vermittelt werden.“

So weit, so gut, so wohlklingend. Die Quote der auslandsmobilen Studierenden stagniert, Bologna zum Trotz, seit längerem bei 30 Prozent. Unsere Sozialerhebungen zeigen: Das größte Hindernis, ins Ausland zu gehen, ist die finanzielle Mehrbelastung.

»Was sagt es über die Internationalisierung unseres Hochschulsystems aus, wenn sie mit Zielen und Empfehlungen verordnet werden muss?«

Und nun heißt es: Wenn deutsche Studierende Internationalisierung nicht im Ausland erfahren, soll es eben zuhause internationaler werden - die berühmte „internationalization at home“. Anders formuliert: Die Globalisierung beginnt im deutschen Hörsaal.

Ich finde es absolut richtig, den Studierenden interkulturelles Verständnis und eine Ahnung von „Global Citizenship“ zu vermitteln. Also rein in die interkulturelle Praxis im Studium! Gemischte Arbeits- und Lerngruppen mit deutschen und ausländischen Studierenden, mehr Referate auf Englisch, Kommilitoninnen und Kommilitonen von der Partner-Uni in Seoul oder Tokio live per Skype dazu geschaltet. Ich hätte da einige Ideen.



Zu den größten Problemen ausländischer Studierender in Deutschland gehört - neben der Wohnungssuche! - der mangelnde Kontakt mit deutschen Studierenden. So viel zum Stand der „internationalization at home.“ Ich argumentiere keinesfalls gegen das Ziel und die Wege dorthin. Es gibt zweifellos viel zu tun, insofern begrüße ich die Initiative der HRK.

Aber ich sage auch, an den DAAD und vor allem an Bund und Länder gerichtet: Es kann auf keinen Fall darum gehen, „internationalization abroad“ gegen „internationalization at home“ auszuspielen. Wer Internationalisierung will, ob nun im Ausland oder zuhause, muss sie auch finanzieren. Mit wissenschaftlichem Personal, das entsprechend geschult ist, mit Wohnheimplätzen für ausländische Studierende, mit deutlich mehr ERASMUS+-Mitteln und und und.

Ja, Deutschland braucht Hochschulabsolventinnen und -absolventen, die sich auf dem globalisierten, internationalen Arbeitsmarkt behaupten können; interkulturell geschulte, interdisziplinär und global denkende Menschen. Aber wo besser als draußen in der Welt können sie das lernen? Wie anders und besser kann man echte Interkulturalität erlernen, als über Auslandserfahrung?

Wie sagte Alexander von Humboldt so treffend? „Die gefährlichste aller Weltanschauungen ist die der Leute, welche die Welt nie angeschaut haben.“ Dazu sollten deutsche Akademikerinnen und Akademiker nicht gehören.

J. Timmermann

Prof. Dr. Dieter Timmermann
Präsident des Deutschen Studentenwerks
» dieter.timmermann@studentenwerke.de



DEUTSCHE STIFTUNG
DENKMALSCHUTZ

Wir bauen auf Kultur.

Schön. Aber ein Stück Heimat fehlt.

Retten Sie Geschichte. Spenden Sie Zukunft.
www.denkmalschutz.de



Spendenkonto

Commerzbank AG
BIC: COBA DE FF XXX
IBAN: DE71 500 400 500 400 500 400

Was wären unsere Städte und Dörfer ohne historische Gebäude? Ohne Bauwerke, die Geschichten erzählen, die typischen Eigenheiten einer Region verkörpern oder Wahrzeichen eines Ortes sind? Historische Bauwerke machen unsere Städte und Dörfer einmalig und unverwechselbar. Deshalb setzt sich die Deutsche Stiftung Denkmalschutz für den Erhalt einzigartiger Denkmale ein. Mit Ihrer Hilfe. www.denkmalschutz.de

Würde sollte kein Konjunktiv sein.

Jeder Mensch hat das Recht
auf ein Leben in Würde.

brot-fuer-die-welt.de/wuerde

IBAN: DE10 1006 1006 0500 5005 00

Mitglied der **actalliance**



Würde für den Menschen.